

**MEHR
GRÜN**

FÜR LEIPZIG.

Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020

Grüne Beispielort
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
URL

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



MEHR GRÜN FÜR HIER.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



MEHR GRÜN FÜR LEIPZIG

Liebe Wählerin, lieber Wähler,

Leipzig ist eine lebendige und lebenswerte Stadt mit engagierten Menschen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind friedliches Zusammenleben sowie kulturelle Vielfalt kennzeichnende Merkmale urbaner Lebensqualität. Die Attraktivität Leipzigs resultiert für uns in erster Linie aus dem Einsatz sowie der Verantwortung der Leipzigerinnen und Leipziger - sie ist aber auch eine Bestätigung für unsere bündnisgrüne Stadtpolitik in den zurückliegenden mehr als zwanzig Jahren. Denn grüne Politik für Leipzig ist geprägt vom Einsatz für eine nachhaltige Stadtentwicklung, für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz, für solidarische Mobilität, für eine kinder- und familienfreundliche Stadt, für bessere Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit - für Grün in der Stadt!

Unter diesen Rahmenbedingungen hat Leipzig eine große Anziehungskraft entwickelt. Doch das Wachstum stellt Leipzig auch vor große Herausforderungen. Nahezu die gesamte Infrastruktur ist unter Druck geraten: Ob Kinderbetreuung, öffentliche Verkehrsmittel oder bezahlbarer Wohnraum – die Nachfrage ist spürbar gestiegen. Auch der dringende Bedarf von Schulhausneubauten oder die überfällige Sanierung von maroden Straßen und Brücken fordern ein entschlossenes Handeln der Politik. Darüber hinaus muss sich Leipzig mit den spürbaren Folgen überregionaler, nationaler oder globaler Entwicklungen wie der Wirtschafts- und Finanzkrise, dem demografischen Wandel, der Umweltzerstörung sowie der erfolgreichen Gestaltung der Energiewende auseinandersetzen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, diesen Herausforderungen und Entwicklungen erfolgreich zu begegnen:

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Welt, in der wir leben. Nur wenn wir unsere Umwelt und unser Klima schützen, werden wir eine lebenswerte Zukunft haben. Deshalb muss die Stadtpolitik darauf ausgerichtet sein, den Natur- und Klimaschutz voranzutreiben. Um diese Ziele zu erreichen, soll Leipzig mit einem ehrgeizigen Energie- und Klimaschutzprogramm die Energiewende und eine umweltfreundliche Mobilität vorantreiben. Wir wollen Leipzig zu einem ökologisch orientierten Wirtschaftsstandort mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen entwickeln.

- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer nachhaltigen und soliden Haushalts- und Finanzpolitik verbunden mit der Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushaltes. Wir müssen alle Voraussetzungen erfüllen, damit nachfolgenden Generationen die Gestaltungsspielräume erhalten bleiben, die ihnen zustehen.
- Wir wollen eine soziale Stadt, die gute Bildungseinrichtungen von der Kita bis zur Universität, bedarfsgerechte außerschulische Bildungsinstitutionen und qualitätsvolle Betreuungseinrichtungen für Kinder und Seniorinnen und Senioren bereitstellt.
- Wir brauchen eine Stadt mit Freiräumen für alle. Jeder Mensch muss Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und einer guten Versorgung im Alter haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Chancengerechtigkeit und setzen sich gegen Diskriminierungen aller Art ein.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen sich in Leipzig in einer besonderen Verantwortung: Leipzig ist eine bunte Stadt, in der Menschen verschiedenster Nationalitäten und Kulturen und aus allen Generationen miteinander leben. Wir werden alles dafür tun, dass es bei dem friedlichen Zusammenleben bleibt. Ob hier geboren, aufgewachsen oder ob von Nah und Fern für kurz oder lang nach Leipzig gekommen: alle Menschen sollen sich hier zuhause fühlen und gut leben können.
- BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Leipzig ökologisch, gerecht und modern gestalten. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, bauen wir fest auf die gemeinsame Verantwortung und den Einsatz der gesamten Stadtgesellschaft. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mehr Mitbestimmung und Einwohnerbeteiligung ein. Politik darf nicht in Hinterzimmern stattfinden, denn Politik ist den Menschen Rechenschaft schuldig. Uns ist wichtig, politische Weichenstellungen mit den Leipzigerinnen und Leipzigern zu diskutieren und zu entwickeln.

LEIPZIG FÜR ALLE. MIT ALLEN!

DAMIT UNSERE IDEEN UND KONZEPTE FÜR DIE STADT WIRKLICHKEIT WERDEN,
BRAUCHEN WIR IHRE UNTERSTÜTZUNG.

Wählen Sie deshalb

bei den Stadtratswahlen am 25. Mai 2014 mit Ihren 3 Stimmen
Kandidatinnen und Kandidaten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Inhaltsverzeichnis – Kommunalwahlprogramm	2014
BETEILIGUNG	7
Einwohnerbeteiligung ausbauen – Mehr direkte Demokratie – Für ein modernes Petitionsrecht – Live-Stream-Übertragung der Stadtratssitzungen – Mehr Rechte für die Stadtbezirksbeiräte	
BILDUNG	11
Bedarfsgerechte und qualifizierte Kindertagesbetreuung – Zeitgemäßer Schulhausneubau – Gemeinschaftsschulen – Lebenslanges Lernen	
BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT	14
Einsatz für das städtische Gemeinwohl unterstützen und fördern – Kordinierungsstelle Ehrenamt schaffen	
EUROPA UND DIE WELT	15
Städtepartnerschaften als lebendige kommunale Außenpolitik – Fairtrade Town Leipzig	
GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT	17
Charta zur Gleichberechtigung von Frau und Mann – Bildung frei von Stereoty- pen – Unterstützung von Vereinen, die Hilfe bei Gewalt bieten – Gleichberech- tigte Beratung in Sorgerechtsschwierigkeiten – Keine sexistische Werbung	
GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	19
Flächendeckende Gesundheitsförderung und -versorgung – Drogen- und Suchthilfe – Lebensmittelhygiene – Kein kommunaler Datenhandel	
HAUSHALT UND FINANZEN	22
Solide und nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik – Mitverantwortung des Bundes und des Freistaates für gesunde kommunale Finanzen – Bürgerhaushalt	
INTERNET	25
Schnelles Internet – Freifunk nutzen	
JUGEND	25
Jugendparlament zum Erfolg führen – Jugendhilfe stärken	

KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHKEIT	27
<hr/>	
Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum – Mehr Mitbestimmung für Familien – Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen – Für eine bessere Begleitung von Kindern und Eltern, die Hilfe und Unterstützung benötigen	
KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE	29
<hr/>	
100% erneuerbare Energien bis 2030 – Energetische Gebäudesanierung vorantreiben – Solardachkataster nutzen – Dezentrale Energieerzeugung – Konsequente Kreislaufwirtschaft	
KULTUR	32
<hr/>	
Keine Kürzung der im Sächsischen Kulturraumgesetz festgeschriebenen Zuschüsse für die Kommunen – Kulturentwicklungsplan fortschreiben – Endlich 5% für die Freie Szene – Clubkultur stärken – Freiräume für Initiativen und Events – Denkmalpflege ist Stadtkultur – Museumslandschaft erhalten, entwickeln und vernetzen – Neuanfang für das Naturkundemuseum – Faire Arbeitsbedingungen in der Leipziger Kultur / Rahmenbedingungen sichern	
LÄRMSCHUTZ	37
<hr/>	
Lärmschutz besser koordinieren und Anwohnende einbeziehen – Wirksamer Schutz vor Fluglärm	
MOBILITÄT	39
<hr/>	
Für ein umfassendes kommunales Mobilitätsmanagement – Der ÖPNV als Rückgrat der nachhaltigen Mobilität – Umstieg auf Fahrrad- und Fußgängerverkehr weiter befördern – Für eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger – Straßenbau: Für Sanierung statt Neubau	
ORDNUNG UND SICHERHEIT	42
<hr/>	
Keine Alkoholverbotzonen – Keine Überwachungskameras im öffentlichen Raum – Zusammenarbeit von Verwaltung und Polizei stärken – Zivilgesellschaft stärken – Demokratie schützen: Gegen Rechtsextremismus	
SENIORINNEN UND SENIOREN	46
<hr/>	
Leitlinien in der Seniorenpolitik fortentwickeln – Seniorenbüros und Seniorentelefon beibehalten	

SOZIALES	47
<hr/>	
Kinderarmut bekämpfen – Schluss mit Lohndumping – Einkommensschwache Menschen bei Miete und Betriebsnebenkosten unterstützen – Jobcenter: Konflikte abbauen – Neuen Anforderungen in der Wohnungslosigkeit begegnen – Teilhabe von Menschen mit Behinderung gewährleisten	
SPORT	51
<hr/>	
Sportprogramm 2015 für die Stadt Leipzig umsetzen – Wohnortnahe Entwicklung von barrierefreien Bewegungsräumen	
STADTENTWICKLUNG	52
<hr/>	
„Stadt der kurzen Wege“ – Für soziale Mischung und lebendige Freiräume – Menschen- und nutzerfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes – Mehr Stadtgrün für eine gesunde Stadt – „Essbare Stadt“ – Urbane Landwirtschaft fördern – Reduzierung des regionalen Flächenverbrauchs – Landwirtschaftsflächen sind keine Ausgleichsflächen	
STÄDTISCHE UNTERNEHMEN	57
<hr/>	
Kommunale Daseinsvorsorge garantieren – Ökologischen Stadtumbau vorantreiben – Frauenquote sowie geschlechtergerechte und faire Bezahlung	
TRANSPARENZ UND INFORMATIONSFREIHEIT	61
<hr/>	
Informationsfreiheitsgesetz weiterentwickeln – Open-Data/Open-Government-Prozess beschleunigen	
UMWELT- UND NATURSCHUTZ	63
<hr/>	
Keine gesundheitsschädigenden und krebsfördernden Schadstoffemissionen – Erlebbarer Naturschutz im Leipziger Auenwald und offensive Vermittlung – Tiere schützen	
VERWALTUNG	65
<hr/>	
Mehr Dienstleistungen der Stadtverwaltung aus einer Hand – Barrierefreiheit und Benutzerfreundlichkeit der städtischen Website – E-Government-Prozess beschleunigen – Onlineterminreservierungen ausweiten und zentrales Beschwerdemanagement schaffen – Green-IT – Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen	

VIELFALT 68

Charta der Vielfalt - Politik für LSBTTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle) – Inklusiv Stadtgesellschaft: Migration und Asyl

WIRTSCHAFT 72

Für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft – Dem Handwerk sowie den kleinen und mittelständischen Unternehmen einen grünen Boden bereiten – Für eine gezieltere und nachhaltige Wirtschaftsförderung – Internationaler Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft – Regionale Wirtschaftskreisläufe /Regionalen Wirtschaftsraum ausbauen – Ausbildungs- und Qualifizierungspakt für nicht oder geringer qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – klimaverträgliche Automobilindustrie

WOHNEN 75

Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum – Wohnen in sozial heterogenen Stadtteilen – Wieder in Sozialwohnungen investieren

BETEILIGUNG

Für immer mehr Menschen bedeutet Politik mehr, als Wählen zu gehen. Auch in Leipzig bringen sich Menschen mehr denn je in die kommunalpolitischen Diskussionen ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Wandel unterstützen. Aufgrund der verstärkten Mitsprachebereitschaft gilt es, die Beteiligungskultur in unserer Stadt zu stärken, auszubauen und weiterzuentwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Überzeugung, dass die repräsentative Demokratie nur dann gestärkt wird, wenn die Menschen ernsthaft an kommunalpolitischen Gestaltungsprozessen vor Ort beteiligt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Politik gemeinsam mit allen Leipzigerinnen und Leipzigern machen und ihnen mehr Mitsprache einräumen. Wir sind der Auffassung, dass politische Entscheidungsprozesse zu besseren Resultaten führen, wenn der Sachverstand aller, die sich engagieren wollen, frühzeitig eingebunden wird. Teure und konfliktreiche Fehlplanungen können so vermieden werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für eine transparente Verwaltung, die eine Beteiligung aller an den Entscheidungen über die Zukunft unserer Stadt ermöglicht!

Für mehr Einwohnerbeteiligung

Seit 2012 gelten die Leipziger „Leitlinien zur Bürgerbeteiligung“. Sie werden seitdem erprobt und finden bei ausgewählten Projekten Anwendung. Viel zu häufig nimmt die Stadtverwaltung es als ein lästiges Rauschen im Betrieb wahr, wenn kommunale Planungsprozesse von Bürgerinnen und Bürgern mitgestaltet werden (wollen). Und viel zu häufig hängt eine frühzeitige, transparente und ergebnisoffene Durchführung von Beteiligungsverfahren von der Aufgeschlossenheit einer Amtsleiterin oder eines Amtsleiters ab. Daher sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Auffassung, dass es allgemeingültiger verbindlicher Regeln bedarf, um Beteiligungsverfahren über den gesetzlichen Rahmen hinausgehend einzuleiten, zu planen, auszugestalten und durchzuführen.

Mit der Einführung einer kommunalen Einwohnerbeteiligungssatzung für Leipzig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Voraussetzungen hierfür schaffen. Insbeson-

dere sollen Beteiligungs- und Informationsverfahren mittels festzulegender Quoren verbindlich eingefordert werden können. Wenn ein Beteiligungs- und Informationsverfahren eingeleitet wird, soll eine Entscheidung aufgeschoben werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Stadtverwaltung eine Liste erstellt und fortlaufend aktualisiert, die städtische Vorhaben, Projekte und Planungen enthält. Diese Vorhabenliste soll dazu dienen, die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren und somit den Dialog fördern, sie soll die Vorhaben mit den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger rückkoppeln und es ihnen ermöglichen, die Projekte mitzugestalten.

Da Beteiligungsverfahren der professionellen Begleitung und Unterstützung bedürfen, soll deshalb die Stelle einer Koordinatorin bzw. eines Koordinators für Einwohnerbeteiligung geschaffen werden. Als Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für alle potentiell Beteiligten sollen ihre bzw. seine Aufgaben darin bestehen, zu beraten und Hilfe anzubieten, wie Beteiligungsverfahren geplant, durchgeführt, weiterentwickelt und verbessert werden können.

Um eine kontinuierliche Beteiligung auch ortsunabhängig zu ermöglichen, soll die Stadtverwaltung je nach Verfahrensfortschritt weitere geeignete Informationen wie die Ergebnisse von Anhörungen, Gutachten, Anregungen und Einwendungen fortlaufend auch online veröffentlichen. Dies soll auf einer eigenen übersichtlich und barrierefrei gestalteten Onlinebeteiligungsplattform der Stadt Leipzig geschehen. Sie soll darüber hinaus E-Partizipation durch neue Informations- und Diskussionskanäle ermöglichen und den Abwägungsprozess der Verwaltung transparent machen.

Stadt(quartiers)planung mit Einwohnerbeteiligung → Stadtentwicklung

Für mehr direkte Demokratie

Direkte Demokratie ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine wichtige Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. In wesentlichen kommunalpolitischen Angelegenheiten schaffen Bürgerentscheide Transparenz und Vertrauen. Bürgerentscheide stören außerdem weder die Verwaltung in ihrem Handeln, noch sind sie ein unnötiger Kostenfaktor, sondern unterstützen im besten Sinne die Arbeit des Stadtrates und der Verwaltung.

Deshalb wollen wir mehr direkte Demokratie! Mittels Ratsbegehren wollen wir im Rahmen des rechtlich Machbaren Bürgerentscheide in Leipzig ermöglichen, insbesondere bei Großprojekten sowie Investitionsvorhaben von wesentlicher gesamtstädtischer Bedeutung sowie bei geplanten (Teil-)Privatisierungen von kommunalen Eigenbetrieben im Bereich der Daseinsvorsorge.

Damit der Bürgerentscheid in Leipzig ein aktives Gestaltungsinstrument wird – im Sinne einer lebendigen Demokratie, die Menschen einbezieht und mitentscheiden lässt –, bedarf es eines Paradigmenwechsels im Stadtrat hin zu mehr direkter Demokratie.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im Vorfeld von Bürgerentscheiden in einem verbindlichen Beteiligungsverfahren alle Vor- und Nachteile eines Vorhabens frühzeitig, transparent und ergebnisoffen diskutieren, indem Grundsatzanhörungen und Bürgerbefragungen durchgeführt werden. Außerdem sind in diesem Zusammenhang Bürgergutachten von der Stadt Leipzig in Auftrag zu geben. Sie sind besonders gut geeignet, eine Meinungsführerschaft von Partikularinteressen zu vermeiden, da in diese Gutachten Empfehlungen und Erfahrungen unterschiedlicher Berufs- und Gesellschaftsgruppen eingehen.

Darüber hinaus setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Reform der Sächsischen Gemeindeordnung ein, indem die vorhandenen hohen Hürden für Bürgerentscheide gesenkt und moderate Fristen festgelegt werden, indem der Ausschlusskatalog für Bürgerentscheide abgeschafft und den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, auch über zentrale Entscheidungen mitzubestimmen, die Belange des Haushaltes sind.

Für ein modernes Petitionsrecht

Das kommunale Petitionsrecht bietet jedem Menschen unabhängig von Staatsbürgerschaft, Alter und Geschäftsfähigkeit die Chance, aktiv am politischen Geschehen teilzuhaben und auf politische Entscheidungsprozesse einzuwirken. Petitionen an den Stadtrat werden in Leipzig vom Petitionsausschuss, bestehend aus Stadträtinnen und -räten aus allen Fraktionen, stellvertretend für den gesamten Stadtrat entgegengenommen, an die Verwaltung zur Klärung verwiesen, bewertet und letztlich im Stadtrat abgestimmt.

Da die Internetnutzung längst ein fester Bestandteil der heutigen Informations- und Kommunikationskultur ist, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass diese auch in der städtischen Petitionspraxis eingeführt wird, indem Petitionen online eingereicht und innerhalb einer festgelegten und erkennbaren Frist unterstützt werden können, damit das Petitionsverfahren öffentlich wird. Alle weiteren Petitionen, die als Fax oder auf anderem Weg schriftlich in der Verwaltung eingehen, sollen zukünftig mit Zustimmung der einreichenden Petentin, des einreichenden Petenten auf der städtischen Webseite bzw. idealerweise auf der noch zu schaffenden Onlinebeteiligungsplattform der Stadt Leipzig veröffentlicht werden.

Der Stadtrat hat diese Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits 2012 beschlossen, ohne dass die Stadtverwaltung diesen Beschluss bislang umgesetzt hat. Deshalb werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter für die Realisierung einsetzen. Darüber hinaus wollen wir das Recht der Petentinnen und Petenten stärken, im Petitionsausschuss angehört zu werden. Dazu wollen wir einen Anspruch auf Anhörung einrichten, wenn die Petition eine bestimmte Zahl an Unterstützungsunterschriften erhalten hat.

Live-Stream-Übertragungen aus der Ratsversammlung

In immer mehr deutschen Kommunen werden Sitzungen der Stadt- und Gemeinderäte live im Internet übertragen. Nicht jeder/m ist es möglich, als Zuschauer/in an den öffentlichen Sitzungen der Leipziger Ratsversammlung teilzunehmen. Niederschriften der Sitzungen können im Ratsinformationssystem erst mit deutlicher Zeitverzögerung nachgelesen werden. Deshalb haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich für Live-Übertragungen von Ratsversammlungen über das Internet ausgesprochen. Außerdem sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Auffassung, dass es hinsichtlich der Live-Übertragungen auch die Möglichkeit der Nachbetrachtung geben sollte. Wir sind überzeugt, dass diese Form der Offenheit auch zu einer höheren Akzeptanz der Stadtratstätigkeit beiträgt.

Mehr Rechte für die Stadtbezirksbeiräte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich für eine starke Kommunalpolitik vor Ort in den zehn Stadtbezirken. Mit unserem Engagement und der Unterstützung

der Stadtbezirksbeiräte selbst konnten wir erreichen, dass die Mitsprache und die Kompetenzen der Stadtbezirksbeiräte seit 2014 deutlich erweitert wurden. Wenn nun in der Ratsversammlung wichtige, einen Stadtbezirk betreffende Angelegenheiten verhandelt werden, kann auch eine Vertreterin oder ein Vertreter des betreffenden Stadtbezirksbeirates mit beratender Stimme teilnehmen. Wir haben auch erreicht, dass Stadtbezirksbeiräte mit einfacher Mehrheit ein Thema zur wichtigen Angelegenheit erklären können mit der Folge, dass dieses zur Anhörung auf die Tagesordnung des Stadtrates gesetzt wird.

Die Ortschaftsverfassung wird in den vierzehn Ortschaften fortgeführt. Deshalb streben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an, dass die Ortschaftsverfassung auf die zehn Stadtbezirke ausgedehnt wird. Wir wollen dadurch eine Direktwahl der Stadtbezirksbeiräte ermöglichen und diese mit einem eigenen Budgetrecht ausstatten.

Bürgerhaushalt → Haushalt und Finanzen

Mitspracherecht von Migrantinnen und Migranten in den Stadtbezirksbeiräten → Vielfalt

BILDUNG

Leipzig ist eine gebildete Stadt: die einzigartig breite Hochschullandschaft, die Vielfalt an Bibliotheken und Instituten, das lebendige Bildungsbürgertum, die reiche Kulturlandschaft begleitet vom wirtschaftlichen Potenzial bei Kreativwirtschaft, Medien und Dienstleistungen. Dennoch weist Leipzig eine deutliche Bildungsschere auf, mit den besten Abschlüssen auf der einen Seite und den meisten Schulabbrüchen auf der anderen Seite. Als Schulträgerin und Trägerin von Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfe und Volkshoch- und Musikschule entscheidet die Stadt überall dort, wo Bildung vermittelt wird. Die Stadt Leipzig kann deutlich mehr tun als bisher. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadt die Spielräume kommunalen Handelns besser als bisher ausnutzt und gegenüber dem Freistaat eine größere Verantwortung der Kommunen bei der Ausgestaltung von Bildung einfordert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für mehr Beteiligung und Mitbestimmungsrechte in Schulen ein. Wir wollen eine nachhaltige, barrierefreie, inklusive und gesundheitsfördernde Bauweise von „Bildungsorten“ vorantreiben, die nicht nur architektonisch in den jeweiligen Stadtteil wirkt. Wir befördern Qualität und Quantität gleichermaßen.

Verlässliche Amtsführung, klare Struktur des Amtes für Familie, Jugend, Bildung, Verantwortung für erfolgreiche Bildungskarrieren

Wir brauchen kein Nebeneinander, sondern ein Miteinander von Jugendhilfe und Schule. Entsprechend des Fachplanes streben wir den Ausbau der Schulsozialarbeit an. Um gefährdete Kinder zu schützen, bevor sie Fälle der Erziehungshilfe werden, fordern wir innerhalb des Allgemeinen Sozialdienstes (ASD) Ansprechpartnerinnen bzw. -partner der Schulleitungen, die rasch und verbindlich Hinweisen nachgehen und Rückmeldung geben. Wir unterstützen den Ansatz, mit Elternarbeit Bildungsversagen vorzubeugen, und haben erreicht, dass schulmüde Jugendliche mit Partnerschaften aus der Wirtschaft lebenspraktisch für Bildungsfreude und Schulerfolg begeistert werden können. Wir brauchen zentrale Ansprechpartnerinnen oder -partner für die Schulleitungen und wollen das Amt mehr auf seine Aufgabe als Dienstleister orientieren. Darum muss auch das Urteil des Landesverwaltungsgerichtes zur Lernmittelfreiheit umgesetzt und finanziell abgesichert werden. Die Schulbudgets schließlich müssen so auskömmlich sein, dass sie Freiräume für Innovationen eröffnen.

Bedarfsgerechte und qualifizierte Kindertagesbetreuung

Trotz Rechtsanspruches gibt es in Leipzig immer noch zu wenige Betreuungsplätze für unsere Kinder. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten seit Jahren für einen bedarfsgerechten und wohnungsnahen Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten ein. Wir wollen die Ausweitung der Betreuungszeiten und eine gerechte und transparente Vergabe von Betreuungsplätzen. Dabei darf die Qualität nicht zu kurz kommen: Wir fordern, den sächsischen Bildungsplan für Kindertageseinrichtungen umzusetzen. Ein qualifiziertes Fort- und Weiterbildungsangebot für Erzieherinnen, Erzieher und Tageseltern sowie eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels sind erforderlich. Darüber hinaus wollen wir darauf hinwirken, die Kita-Platz-Pauschale des Freistaates anzuheben.

Zeitgemäßer Schulhausbau

Bis 2020 werden in Leipzig 20 neue Schulen eingerichtet. Wir engagieren uns für das „Gymnasium im Leipziger Osten“ und arbeiten maßgebend an der Umsetzung mit. Wir bringen konkrete Vorschläge zum zeitgemäßen Schulbau in die Diskussion ein und haben die Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer erreicht. Wir

fordern eine verbindliche Mitwirkung bei der Planung von Um- und Neubauten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen die Gebäudeunterhaltung sicher, denn nichts ist sinnloser, als Werte verfallen zu lassen, weil die Mittel für die Werterhaltung fehlen. Gebäude müssen so gestaltet werden, dass sie stadtteilwirksam auch für Ganztagsangebote oder zum Beispiel für Initiativen, Gruppen oder Einwohnerforen nutzbar sind. Stadtteilwirksam bedeutet, Schulbauten so zu gestalten, dass sie zur ökologischen Modernisierung beitragen, indem entsprechende Materialien zum Einsatz kommen und ihr Unterhalt möglichst klimaneutral ist.

Lebenslanges Lernen und Bildungsübergänge verantwortlich gestalten

In Leipzig bieten sich hervorragende Möglichkeiten, Lernen in allen Altersklassen aktiv zu gestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den weiteren Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen und dass diese Möglichkeiten den Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt besser kommuniziert werden. Wir wollen, dass unterschiedliche Institutionen zusammenarbeiten und die Angebote gebündelt bzw. vernetzt werden. Die zentrale Bildungsberatung, wie sie von „Lernen vor Ort“ praktiziert wird, muss ausgebaut und verstetigt werden. Den Einwohnerinnen und Einwohnern muss ein umfassendes Angebot an Beratungs- und Reflexionsmöglichkeiten gegeben werden, damit Bildungsübergänge verantwortlich gestaltet werden können. Wir fordern, die Berufsinformationszentren weiterzuentwickeln und die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen auszubauen. Zudem soll eine psychologische Beratungsstelle für Berufseinsteigerinnen und Berufswechler geschaffen werden. Durch eine geschlechtersensible Berufsberatung, die Mädchen wie Jungen existenzsichernde Berufsfelder aufzeigt, kann die Zahl finanziell bedingter Berufswechsel in Zukunft verringert werden. Bildung endet nicht mit der Erwerbsphase. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für umfangreiche Angebote in der Seniorenbildung ein, die Hand in Hand mit anderen Bildungsangeboten konzipiert und verstetigt werden müssen.

Freie Schulen und Ganztagschulen als Gemeinschaftsschulen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Schaffung weiterer Gemeinschaftsschulen ein. Gerade in Anbetracht des Investitionsstaus bei Schulbauten muss über neue Wege nachgedacht werden. Wir bekennen uns zu freien Schulen und wollen ihre Entfaltung befördern. Dazu gehören die Entlohnung des Personals analog der

staatlichen und die staatliche Erstattung des Schulgeldes, um die soziale Ausgewogenheit sicherzustellen. Die Stadt kann sich viel stärker für freie Schulen engagieren und ihre Gründung konzeptionell und praktisch begleiten.

Wir wollen mit freien Schulen in städtischer Trägerschaft das Schulangebot bereichern und mit eigenen konzeptionellen Arbeiten die Einrichtung offensiv auch in Sachsen erreichen. Freie Schulen sind ein entscheidender Faktor für einen produktiven und innovativen Wettbewerb von Schul- und Unterrichtskonzepten. Dies führt zur Weiterentwicklung der Pädagogik. Neue Konzepte werden an freien Schulen erprobt und praxistauglich gemacht.

Schulqualität hängt nicht nur an der konkreten Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern, sondern beruht auf einer ermöglichenden pädagogischen Konzeption. Wir fordern Ganztagschulen statt bloßem Ganztagsangebot. Dazu gehören die Erarbeitung klarer inhaltlicher Ziele, die die Schulqualität insbesondere in sozialer und ökologischer Hinsicht verbessern, und der Austausch von Best-Practice-Erfahrungen. Als Hortträgerin schließlich kann und muss die Stadt ein Motor bei der Entwicklung von Ganztagschulen sein. Sie muss die Verzahnung mit Hortangeboten entsprechend gestalten und selbstbewusst auf die Schulleitungen für eine gemeinsame Konzeptentwicklung zugehen.

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Einsatz für das städtische Gemeinwohl unterstützen und fördern

In Leipzig gibt es eine hohe Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen – ob im Ehrenamt, im Freiwilligendienst oder in der Selbsthilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diesen Einsatz für das städtische Gemeinwohl weiter unterstützen und fördern. Denn wir begreifen bürgerschaftliches Engagement als eine selbstbewusste Form von Verantwortungsübernahme für die Gestaltung einer lebendigen, demokratischen und bunten Stadtgesellschaft.

Wir wissen: Viele Menschen prägen das Gemeinwesen durch freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeit. Mit ihrem Fachwissen und ihren unterschiedlichen Zielsetzungen tragen sie außerdem in den zahlreichen städtischen Fachbeiräten und im Forum Bürgerstadt Leipzig zum Meinungsbildungsprozess in unserer Stadt bei.

Auch Hilfs- und Rettungsdienste, die Freiwilligenagentur, Stiftungsaktivitäten – das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement oder der lokale Agendaprozess leisten einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag zur Erhaltung der Lebensqualität in Leipzig.

Da freiwilliges, ehrenamtliches Engagement den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärkt und gerade dort unverzichtbar ist, wo öffentlichen Institutionen die personellen und finanziellen Mittel fehlen, werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich auch in Zukunft für die Stärkung der Anerkennungskultur einsetzen. Das beinhaltet nicht nur die Wertschätzung und Würdigung der ehrenamtlich Engagierten durch die Verleihung von Preisen, sondern auch Unterstützung durch Weiterbildungen, gute Arbeitsbedingungen, Vernetzungen und verfügbare Freiräume.

„Koordinierungsstelle Ehrenamt“ schaffen

Des Weiteren sprechen wir uns für die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle Ehrenamt“ aus. Da die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements selbst-erklärtes Ziel der Stadtverwaltung ist, drängen wir darauf, das breitgefächerte bürgerschaftliche Engagement innerhalb der Stadtverwaltung besser zu koordinieren, um Ressourcen zu bündeln. Zudem sind mit dem Wegfall der Instrumente des Bundes für die aktive Arbeitsförderung viele Vereine, Initiativen und ehrenamtlich Tätige auf professionelle Unterstützung angewiesen.

EUROPA UND DIE WELT

Am 25. Mai 2014 finden Kommunalwahlen und Europawahlen statt. Bürgerinnen und Bürger in den 28 EU-Mitgliedsstaaten entscheiden dann auch über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Ohne starke Kommunen wäre Europa nicht handlungsfähig. Aber es gilt auch: Ohne ein handlungsfähiges Europa lassen sich die großen Krisen und Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht lösen. Die Verzahnung zwischen kommunaler und europäischer Ebene ist größer als gemeinhin angenommen. Denn Kommunen setzen europäische Politik um: über Städtepartnerschaften oder die europäischen Richtlinien und Verordnungen. Über Mittel aus den Europäischen Strukturfonds wird nachhaltige Stadtentwicklung und Einwohnerbeteiligung gerade in benachteiligten Stadtgebieten gefördert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Kultur der Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften ein. Innovative Ideen und der Austausch von Best-Practice-Beispielen stärken die Politik vor Ort und helfen, regionale Potenziale zu entwickeln.

Städtepartnerschaften als lebendige kommunale Außenpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung der 14 Leipziger Städtepartnerschaften ein. Lebendige Städtepartnerschaften tragen dazu bei, die internationalen Kontakte der Stadt durch Basiskontakte zwischen Schulen, Unternehmen und Vereinen sowie den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstädte zu ergänzen. Ob in Wirtschaft oder Verwaltung, Kunst, Kultur, Wissenschaft, Jugend und Bildung, in allen Bereichen können wir von unseren Partnerstädten lernen und selbst Erfahrungen weitergeben. Kunst und Kultur sind ein wesentliches Arbeitsfeld von Leipzigs Städtepartnerschaften, Künstlertausch sowie Know-how und Transfer kultureller Einrichtungen sollen gefördert werden. Neben den unverzichtbaren Auslandsgastspielen der kulturellen Leuchttürme Leipzigs sollen internationale Aktivitäten der Stadt auch für den künstlerischen Nachwuchs nutzbar gemacht werden. Uns ist wichtig, dass diese Aktivitäten in den kommenden Haushaltsplänen selbstverständlich mit hoher Priorität und ausreichender Dotierung verankert werden.

Leipzig handelt fair!

Leipzig ist seit 2011 eine von inzwischen mehr als 200 deutschen „Fairtrade Towns“ und unterstützt die Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen dabei, mit ihren täglichen Kaufentscheidungen den Absatz von Fairtrade-Produkten zu erhöhen. Damit wird zur Verbesserung der Lebenssituation der Kleinbäuerinnen und -bauern und der Arbeitenden in vielen Ländern beigetragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten, dass dieser faire Handel weiter ausgebaut wird. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung können über die Vergabeordnung der Stadt Leipzig erreichen, dass in den städtischen Bereichen (Verwaltung, Unternehmen und Beteiligungen) fair gehandelte Produkte beschafft, an sozialen und umweltgerechten Standards orientierte Dienstleistungen bestellt und entsprechende Investitionen getätigt werden.

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Grundrecht – aber in vielen Fällen noch ein uneingelöstes Versprechen.

Ein Paradigmenwechsel, in dem sich unsere Gesellschaft von tradierten Rollenbildern löst und allen Familien individuelle Entscheidungsmöglichkeiten zustehen, ist die Grundvoraussetzung für eine wirkliche Gleichstellung von Männern und Frauen.

Charta zur Gleichberechtigung von Frau und Mann

Eine wirkliche Gleichstellung der Geschlechter bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher die gerechte Aufteilung aller Rechte und Pflichten. Nur so können sich Frauen und Männer gleichsam beruflich und familiär verwirklichen. Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung der Charta zur Gleichberechtigung von Frau und Mann auf lokaler Ebene in einem Aktionsplan, der wirkliche Veränderungen initiiert und zu einer tatsächlich geschlechtergerechten Stadt führt.

Bildung frei von Stereotypen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Schulbildung ein, die frei von Stereotypen ist. Wir erwarten von der Stabsstelle „Lernen vor Ort“ und der Koordinierungsstelle Kompetenzentwicklung, dass sie die Vielfalt von Lebensweisen anerkennen und das Überwinden von Geschlechterstereotypen in der Leipziger Bildungslandschaft zum Erfolgskriterium ihrer Arbeit machen. Fort- und Weiterbildungen über geschlechtersensible Lehrmethoden für Leipziger Pädagoginnen und Pädagogen müssen angeboten und durch ein Mentorenprogramm unterstützt werden.

In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handels- sowie der Handwerkskammer unterstützt die Stadt Leipzig Auszubildende in der Ausbildungsauswahl und während der Ausbildung in untypischen Berufen individuell.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Einrichtungen der Frauenkulturszene zu erhalten und auszubauen, in denen Mädchen und Frauen in ihrem positiven und stereotypenfreien Selbstbild bestärkt werden.

Ausgewogenheit von Erziehern und Erzieherinnen in Kindertagesstätten

In den Leipziger Kindertagesstätten gibt es immer noch kaum männliches Personal. Dabei ist es für Jungen und Mädchen wesentlich, männliche und weibliche Rollenvorbilder zu haben. Aus diesem Grund fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die vermehrte Einstellung von Erziehern in Kindertagesstätten.

Qualifizierte Beratung des Jugendamtes in Sorgerechtsstreitigkeiten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die personelle Besetzung des Jugendamtes so verändern, dass Männer und Frauen eine gleichberechtigte Beratung in Sorgerechtsschwierigkeiten erhalten. Das beinhaltet unter anderem die gleichberechtigte Einstellung von männlichem und weiblichem Personal im Jugendamt.

Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in der Stadtpitze und in kommunalen Unternehmen

Es muss eine gleichberechtigte Auswahl von Männern und Frauen für alle Positionen in der Stadtverwaltung und in den kommunalen Unternehmen stattfinden. Weibliches Führungspersonal muss konsequenter aufgebaut werden. In den Statuten der städtischen Unternehmen soll Gleichstellung als Ziel verankert werden. In der Geschäftsführung, im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung soll die Stadt auf die Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter hinarbeiten.

Vereine, die Hilfe bei Gewalt bieten, sind langfristig und stabil zu finanzieren

Wer eine friedliche Gesellschaft will, darf Gewalt insbesondere in Familien nicht dulden. Die Stadt muss deshalb verlässlich sicherstellen, dass Schutzräume für Opfer von Gewalt ausreichend bereitstehen. Hilfeeinrichtungen in den Bereichen Akutversorgung, Prävention sowie Opferhilfe bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sind in ihrer Arbeit verlässlich zu unterstützen. Die jährlich neu ausgereichte Projektfinanzierung muss durch eine institutionelle Förderung auf der Basis von langfristigen Leistungsverträgen ersetzt werden.

Keine sexistische Werbung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig frei von sexistischer Werbung ist. Wir fordern die konsequente Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom November 2012, der aus der Petition „Schluss mit sexistischer Werbung in Leipzig“ entstand. Da dem Beschluss jedoch keine Definition „sexistischer Werbung“ zugrunde liegt, muss dieses nachgeholt werden.

Frauenquote → Städtische Unternehmen

geschlechtergerechte Bezahlung → Städtische Unternehmen

GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Nicht nur vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung erlangt die kommunale Gesundheitspolitik eine steigende Bedeutung. Auch in Leipzig erleben wir, dass sich die Unterschiede zwischen Armen und Reichen, Privilegierten und Benachteiligten erhöhen.

Gesundheitsförderung und -versorgung

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt Gesundheit in Verbindung mit anderen kommunalpolitischen Themen eine Querschnittsaufgabe dar. Neben dem Erfordernis eines vernetzten Denkens und Handelns muss Gesundheitsförderung und -versorgung auch flächendeckend stattfinden.

Mit dem Ziel, gesundheitliche Ungleichheit zu verringern, vorhandene Ressourcen weiter zu bündeln und zu stärken, damit Gesundheitsbelastungen verringert werden können, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ...

- ... eine bessere Verknüpfung der Stadtentwicklungsplanung mit der Gesundheitsförderung und -versorgung, damit alle Stadtteile und Ortschaften über ausreichende Angebote verfügen.
- ... den weiteren Ausbau der kommunalen Gesundheitsberichterstattung.
- ... die Erstellung eines kommunalen Gesundheitsplans für eine gesunde Stadt.

- ... die Etablierung von Gender-Mainstreaming als Leitlinie und Querschnittsaufgabe in allen Bereichen der Gesundheitspolitik.
- ... den weiteren Auf- und Ausbau von Hilfesystemen durch Teilnahme an Partner- und Kooperationsprojekten.
- ... regelmäßige kommunale Gesundheitskonferenzen, damit die Kommunikation und Vernetzung der vielfältigen Aktivitäten unterschiedlichster Akteurinnen und Akteure weiter gestärkt wird.

Außerdem sind neben bestehenden Allianzen im Gesundheitswesen (zum Beispiel Universitätsklinikum, Wissenschaft und Wirtschaft) auch Bürgerinnen und Bürger, Selbsthilfe und Initiativen bei gesundheitlichen Planungsprozessen selbstverständlich und aktivierend miteinzubeziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zum städtischen Klinikum St. Georg. Mit einem kommunalen Krankenhaus der Schwerpunktversorgung unterstreichen wir den öffentlichen Anspruch in der Krankenhauslandschaft Leipzigs. Wir erwarten allerdings auch, dass sich die Stadt engagierter für die Nöte des Klinikums und seine finanzielle Lage interessiert. Finanzielle Sicherheit brauchen auch die Vereine, die durch das Gesundheitsamt gefördert werden. Wir setzen uns dafür ein, Beratungsangebote, wie zum Beispiel die der Leipziger Aids-Hilfe, zu erhalten.

Drogen- und Suchthilfe

Alkohol, Zigaretten, illegale Drogen wie Crystal, Heroin, Cannabinoide oder Glücksspiel – Sucht hat viele Gesichter! Im Mittelpunkt grüner Drogenpolitik steht der Gedanke der Aufklärung und der Eigenverantwortlichkeit des Handelns.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den vielfältigen Suchtformen durch Prävention begegnen. In diesem Sinne setzen wir uns für die bedarfsgerechte Ausstattung von Beratungsangeboten ein. Dazu zählen auch mobile Angebote, die Prävention dort betreiben, wo Suchtgefahren entstehen. Angebote der akzeptierenden Sozialarbeit und eine ausreichende Finanzierung der kommunalen und Freien Träger der Sozialarbeit sind dafür eine grundlegende Voraussetzung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, in Leipzig Modellprojekte zum Umgang mit Sucht durchzuführen. Dazu gehört unter anderem die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige, die in Karlsruhe und Hamburg zu sehr guten Ergebnissen geführt hat. Die Modellversuche in Berlin zum Umgang mit

Cannabinoide und anderen weichen Drogen werden wir genau beobachten und Umsetzungsmöglichkeiten für Leipzig prüfen.

Alkoholpräventionsprogramme im öffentlichen Raum ausbauen → Ordnung und Sicherheit

Verbraucherschutz

Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben viele Menschen sensibilisiert. Sie möchten nicht nur wissen, wie Lebensmittel produziert, sondern über Vorfälle und Verstöße im Bereich der Lebensmittelhygiene umfassend informiert werden. Das Verbraucherinformationsgesetz enthält die Möglichkeit, auch auf die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen der Stadt Leipzig zuzugreifen. Allerdings ist das Antragsverfahren kompliziert und angesichts der langen Wartedauer nicht effizient.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für einen transparenten Verbraucherschutz ein. Deshalb wollen wir Lebensmittelbetriebe nicht nur von der Stadt Leipzig verstärkt kontrollieren lassen, sondern deren Ergebnisse auch durch die Stadt Leipzig selbst veröffentlicht sehen.

Datenschutz und kommunaler Datenhandel

Nicht nur für Firmen ist der Handel mit personenbezogenen Daten ein lukratives Geschäft. Auch die Kommunen verdienen kräftig mit. Im Melderegister sind alle Leipzigerinnen und Leipziger verzeichnet – mit Name, Adresse, Geburtsdatum und Religionszugehörigkeit. Die Daten sind grundsätzlich öffentlich und können unter anderem von Adressbuchverlagen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Privatpersonen, Inkassounternehmen und professionellen Datenhändlerinnen und -händlern abgerufen werden. Um eine Weitergabe von eigenen Daten durch die Kommune zu verhindern, muss Widerspruch beim Meldeamt eingelegt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadt Leipzig Abstand nimmt von der bisherigen Praxis der Melderegisterauskunft, nach der sie Auskünfte über eine Vielzahl nicht bezeichneter Einwohnerinnen und Einwohner (Gruppenauskunft) ohne Erlaubnis der Betroffenen erteilt. Zukünftig ist für diese Gruppenauskünfte vorher eine schriftliche Einwilligung der Betroffenen einzuholen.

Lärm → Lärmschutz

HAUSHALT UND FINANZEN

Mit Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 wird es Leipzig perspektivisch immer schwerer fallen, mittelfristig nicht mehr fließende Gelder auszugleichen. Eine Gemeindefinanzreform des Bundes, die die Neuordnung der kommunalen Finanzen zum Ziel hat, ist bislang ausgeblieben. Stattdessen wurden immer mehr Aufgaben und Ausgaben auf die Kommunen abgewälzt: Der Freistaat Sachsen hat EU-Fördermittel für die Stadtentwicklung und Bundeszuweisungen für den Nahverkehr und den Ausbau von Kindertagesstätten nicht vollständig an die sächsischen Kommunen weitergereicht. Die Jugendpauschale wurde weiter abgeschmolzen. Eine zu geringe Beteiligung des Freistaates Sachsen beim dringenden Schulbau ist mitursächlich für den Investitionsstau, fehlende Zuweisungen des Freistaates Sachsen für Lernmittel tun ihr Übriges. Zudem hat der Freistaat Sachsen bei den Sonderzuweisungen vom Bund für die Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch zur Weiterleitung an die Kommunen Leipzig gegenüber Dresden massiv benachteiligt.

Bund und Land haben sich in den letzten Jahren auf Kosten der Kommunen saniert, ohne deren Einnahmesituation anderweitig zu verbessern. Davon ist auch die Stadt Leipzig in erheblichem Maße betroffen.

Bund und Freistaat tragen Verantwortung für gesunde kommunale Finanzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drängen darauf, dass Bund und Land ihre Verantwortung für gesunde kommunale Finanzen endlich wahrnehmen. Auch die Stadt Leipzig ist finanziell so auszustatten, dass sie ihr übertragene Aufgaben erfüllen kann. Wir erwarten von Bund und Land die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips. Hinsichtlich der Zuweisung von Mitteln seitens des Freistaates Sachsen fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Gleichbehandlung von sächsischen kreisfreien Städten und Landkreisen.

Bekanntnis zu einer soliden und nachhaltigen Haushalts- und Finanzpolitik

Dies darf den Blick auf Fehler allerdings nicht verstellen, die von der Stadt Leipzig selbst in der Haushalts- und Finanzpolitik gemacht wurden. Seit Jahren hat die

Stadtverwaltung es versäumt, ihren Haushalt einnahmegerecht zu gestalten, Gutachten dazu wurden ignoriert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer nachhaltigen und soliden Haushalts- und Finanzpolitik verbunden mit der Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushaltes. Denn auf Kosten nachfolgender Generationen „von der Substanz zu leben“ ist für uns kein Konzept für die Zukunft.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ...

- ... die finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt Leipzig bewahren, damit es auch weiterhin Spielräume für eigenständige Entscheidungen in unserer Stadt gibt.
- ... den notwendigen Weg der Haushaltskonsolidierung weiter mitgestalten. Wir erwarten auch von der Stadtverwaltung ein entsprechend ambitioniertes Umdenken, dass sich im konkreten Handeln durch Vorlegen eines ausgeglichenen Haushaltes ausdrückt. Denn Leipzig darf nicht in eine Situation kommen, bei der andere (Landesdirektion) darüber entscheiden, was in Leipzig (freiwillig) finanziert wird.

Bei der Steuerung und Gestaltung des städtischen Haushaltes muss die Politik ihr Primat über die Verwaltung durchsetzen, denn der Stadtrat trifft letztendlich die Haushaltsentscheidungen und wird von den Bürgerinnen und Bürgern dafür verantwortlich gemacht.

Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine neue Herangehensweise ein, nach der die Mittelfristplanung als Teil des städtischen Haushalts ab 2015 verbindlich vom Stadtrat beschlossen wird. Damit zukünftig politische Handlungsspielräume organisiert werden können, soll außerdem eine angemessene und noch festzulegende Reserve in Bezug auf das Haushaltsvolumen transparent als strategische Rücklage im Haushaltsplanentwurf abgebildet werden.

Um die Einnahmeseite der Stadt Leipzig zu verbessern, werden steigende Steuererträge benötigt. Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine gezieltere Wirtschaftsförderung ein, die zur weiteren Ansiedlung von Unternehmen führt. Wir lehnen die Erhöhung von Grundsteuer, Gewerbesteuer und Gewerbesteuerumlage ab.

Verantwortungsvolle Haushaltspolitik heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aber auch, Einsparpotenziale zu ermitteln und umzusetzen, Ausgabendisziplin zu üben und eine Aufgabenpriorisierung vorzunehmen. Kostspielige Prestigeprojekte lehnen wir ab und fordern eine sinnvolle Verschlinkung der Verwaltung.

Mehr Kontrolle

Um mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität sowie mehr Transparenz und Bürgernähe zu erreichen, machen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark für ...

- ... ein ganzheitliches und flächendeckendes Controllingssystem in der Stadtverwaltung Leipzig, den Auf- und weiteren Ausbau von Controllingmaßnahmen, damit Effizienz und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns permanent auf den Prüfstand gestellt werden können.
- ... ein effektives Haushaltsmanagement, damit die Wirkungen der politischen Entscheidungen stärker von Verwaltung, Politik und Bürgerschaft erfasst werden können.
- ... die Gestaltung eines nachvollziehbaren und transparenten Produkthaushaltes, damit sich Leipzigerinnen und Leipziger wieder stärker an den jährlichen Beratungen zum Haushalt beteiligen können und der Stadtrat in die Lage versetzt wird, seine Kontroll- und Lenkungsaufgaben zu erfüllen.

Mehr Beteiligung mit einem Bürgerhaushalt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Beteiligung bei der Haushaltsplanung weiter stärken. Neben dem Beteiligungsprojekt „Leipzig weiter denken“ setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen „echten“ Bürgerhaushalt ein, mit dem alle Leipzigerinnen und Leipziger eine weitere Möglichkeit erhalten sollen, sich aktiv an der Planung der städtischen Finanzen zu beteiligen und sich damit in die Gestaltung ihrer Stadt beratend einzubringen. Wo soll gespart werden? Wo investiert? Wie können mehr Einnahmen erzielt werden? Zu diesen Fragen sollen Einwohnerinnen und Einwohner eigene Ideen abgeben und Vorschläge anderer bewerten können. Mit dem Bürgerhaushalt wollen wir erreichen, dass Leipzigerinnen und Leipziger besser über den städtischen Haushalt und die Vorhaben der Stadt informiert werden, stärker als bisher in die Aufstellung des Stadthaushalts einbezogen werden und sich dadurch mehr mit ihrer Stadt identifizieren können. Mit ihren Vorschlägen und Bewertungen setzen sie eigene Prioritäten und geben dem Stadtrat und der Stadtverwaltung damit eine wertvolle Entscheidungshilfe.

INTERNET

Schnelles Internet bei Tiefbauvorhaben einplanen

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Internetverbindung ein Teil der Daseinsvorsorge. Individuelle Kommunikation, wirtschaftlicher Handel und politische Meinungsäußerung finden zunehmend auch über das Internet statt. In der Informations- und Wissensgesellschaft ist der Zugang zu Breitband eine entscheidende Voraussetzung, um Teilhabe zu gewährleisten.

Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass bei städtischen Tiefbauvorhaben standardmäßig Leerrohre verlegt werden. Diese können später an verschiedene Anbietende von Breitbandinfrastruktur vermietet werden. Besonders in weniger dicht bewohnten Gebieten garantiert dies eine höhere Wirtschaftlichkeit von Kabelverlegungen und sichert damit die Anbindung mit einem schnellen Internetzugang, vor allem auch in Randgebieten, die derzeit noch nicht mit schnellem Anschluss angebunden sind.

Freifunk nutzen

Das Wissen und die Erfahrung von zivilgesellschaftlichen Initiativen (Freifunk) kann eine kostengünstige und weit entwickelte Grundlage für öffentliche WLAN-Zugänge in Parkanlagen und Innenstadt sein. Diese gilt es zu nutzen, damit die Zugangsmöglichkeiten zum Internet insbesondere für Studierende sowie Touristinnen und Touristen erhöht werden können.

JUGEND

Junge Menschen in Leipzig bringen sich heute schon vielfältig und projektbezogen in die Stadtentwicklung und Gestaltung unserer Stadtgesellschaft ein. Sie vertreten ihre Belange im Jugendhilfeausschuss und sind im Stadtschülerrat aktiv. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass junge Menschen sich an allen kommunalen Entscheidungen beteiligen können, die sie betreffen. Es gehört zu den Kernanliegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen auf kommunaler Ebene weiter auszubauen. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen ein.

Das Jugendparlament dauerhaft zum Erfolg führen

Damit junge Menschen in Leipzig positive Erfahrungen mit den demokratischen Mitgestaltungs- und Mitwirkungsrechten machen können, haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit außerdem bereits für die Schaffung eines Jugendparlamentes, die notwendige pädagogische Begleitung und die Durchführung der ersten Wahl im Jahr 2014 eingesetzt. Nachdem der Stadtrat 2009 unsere Initiative aufgegriffen hatte, brachte ein Dialog zwischen Jugendlichen, Verwaltung und Politik, den wir aktiv begleitet haben, Ergebnisse, die den Belangen junger Menschen gerecht werden. Nach der Sommerpause des Stadtrates soll zum ersten Mal ein Jugendparlament gewählt werden. Jungen Menschen zwischen 14 und 21 Jahren wird damit erstmals die Möglichkeit des „Gehörtwerdens“ in der Ratsversammlung eröffnet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden im Sinne einer lebendigen Demokratie die Arbeit des Jugendparlamentes unterstützen und fördern, damit das Projekt, junge Menschen an die Kommunalpolitik heranzuführen, dauerhaft ein Erfolg wird.

Die Jugendhilfe ausreichend finanziell ausstatten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich seit Jahren für den Erhalt eines ausreichenden Angebotes für Jugendliche, die besonderen Bedarf an sozialer und sozialpädagogischer Hilfe haben – von Jugendclubs bis zu soziokulturellen Zentren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die aktuellen Mittel der Jugendförderung beibehalten und gegebenenfalls aufgestockt werden. Wichtig ist uns, dass langjährige gute Projekte finanzielle Planungssicherheit bekommen, neue Projekte in die Jugendförderung mit aufgenommen und verschiedene Projekte nicht gegeneinander ausgespielt werden. In einer Stadt, in der jedes dritte Kind von Armut betroffen ist, muss es ausreichend Angebote geben, die auch ohne Eintritts- oder Beitragsgeld für alle offen sind.

KINDER- UND FAMILIENFREUNDLICHKEIT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind treibende Kraft für eine bessere Familien- und Kinderpolitik in der Stadt. Vielfach konnten wir uns erst mit dem Protest der Menschen durchsetzen: bessere Vergütung für Tagespflegepersonen, ein bedarfsgerechtes Kindertagesstättenetz mit einer zeitgemäßen Bedarfsabfrage, Sicherung der Schulsozialarbeit an Grundschulen der Stadt, Erhalt der Jugendhilfeangebote, sichere Übergänge an Straßen oder Tempo-30-Regelungen.

Für uns stehen Kinder und Jugendliche mit ihren Familien immer im Mittelpunkt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns ein für ...

... mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum:

- Wir wollen mehr Spielstraßen („verkehrsberuhigte Bereiche“) und Spielräume sowie eine grundlegende Verbesserung der Verkehrssicherheit.
- Vor Grundschulen wollen wir Tempo 30 durchsetzen.
- Parken auf dem Gehweg gehört konsequent unterbunden.
- Kreuzungen sind freizuhalten, damit Kinder gefahrlos über die Straßen gehen können und Kinderwagen genügend Platz haben. An stark befahrenen Straßen wollen wir verstärkt Verkehrsinseln und Gehwegnasen einbauen, um die Überquerung zu erleichtern.
- Kinderspielplätze und Bolzplätze müssen im Wohnumfeld bereit- und offenstehen.
- Vorhandene Spielangebote brauchen regelmäßige Wartung und Instandhaltung – nicht nur bei der Spielplatzunterhaltung sind die nötigen Mittel jährlich im Haushalt einzustellen, sondern auch bei der Bauunterhaltung der Schulspielplätze.

... mehr Mitbestimmung für Familien:

- Kinder, Eltern und Großeltern wollen und sollen sich in den Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen stärker einbringen.
- Wir fordern mehr Unterstützung für solche Projekte, die Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihres sozialen Umfeldes beteiligen. Insbesondere wollen wir in der kommenden Wahlperiode die Beteiligung am Schulbau endlich umsetzen. Vor der Planungsphase 3 sind darum die Gremien einer Schule verbindlich zu beteiligen und während der Umsetzung nicht nur die Schulleiterin bzw. der Schulleiter, sondern auch die Schulkonferenzen laufend zu in-

formieren. Für die Gestaltung der Freianlagen ist die Beteiligung von Kindern verbindlich durchzuführen.

... eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen:

- Zu den Handlungsmöglichkeiten der Kommune gehört hier neben vorbildlichem, familienfreundlichem Verhalten in den städtischen Unternehmen der Ausbau einer zuverlässigen Kinderbetreuung. Nachdem der Aus- und Neubau von Kindertagesstätten auch endlich bei der Stadt auf Platz 1 der Tagesordnung steht, wollen wir uns in den kommenden Jahren verstärkt der Qualitätsentwicklung zuwenden.
- Zu einer besseren Vereinbarkeit gehören kurze Wege, die den Spagat zwischen Familie und Beruf erleichtern. Aus diesem Grund setzen wir uns für wohnortnahe Kindertagesstätten, Schulen sowie Freizeitmöglichkeiten ein.

... eine bessere Begleitung von Kindern und Eltern, die Hilfe und Unterstützung benötigen:

- Die Schulsozialarbeit ist für uns ein sehr wichtiges Instrument, um Kinder auf ihrem Lebensweg zu stärken. Deshalb muss diese weiter ausgebaut und an den Leipziger Schulen verfestigt werden.
- Daneben fordern wir mehr generationsübergreifende Projekte, von denen alle profitieren. Familienzentren können Kinder, Eltern, Seniorinnen und Senioren sowie Bildungs- und Beratungsangebote vernetzen. Wir wollen diese an den Kindertagesstätten ausbauen und auch an den Grundschulen etablieren, um Eltern, die Unterstützung brauchen, dort mit niedrigschwelligen Angeboten behilflich zu sein.

Nutzerfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes → Stadtentwicklung

KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE

Wir leben in einer Zeit, in der ein gutes und selbstbestimmtes Leben für alle Menschen ganz neue Strategien erfordert. Der Klimawandel, die Notwendigkeit neuer Energieversorgung, der demografische Wandel und die sich grundlegend ändernde Lage von Wirtschaft und Arbeitsmarkt schließen ein „Weiter so“ aus. Schon lange haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beispiel ein Solardachkataster für Leipzig gefordert – nun muss es endlich mit Leben erfüllt werden. Bei der Sanierung von Häusern durch die lokale Bauwirtschaft müssen Solardächer viel mehr als bisher zum Einsatz kommen.

Energetische Gebäudesanierung vorantreiben

Die energetische Gebäudesanierung voranzutreiben bzw. die Gebäudeenergieeffizienz zu steigern, ist neben der nachhaltigen Transformation des Strom-, Wärme- und Verkehrssektors hin zu langfristig 100 % erneuerbaren Energien das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Leipzig. Es bedarf nicht allein der Kompensation unserer fossilen durch erneuerbare Rohstoffe, sondern vor allem das Bestreben nach weniger Energie- und Ressourceneinsatz. Nur durch eine energetische Sanierung der gesamten Gebäudehülle lässt sich der Energieverbrauch von Gebäuden merklich reduzieren. Das verringert nachweislich die laufenden Betriebskosten, vor allem für den Einkauf fossiler und/oder erneuerbarer Rohstoffe für Wärme und Strom. Durch die darüber hinausgehende Reduzierung (durch KWK) bzw. komplette Ablösung fossiler Wärmezeugung (erneuerbare Energien) wird die Einsparung von Energie und Rohstoffen nicht nur im Gebäude, sondern durch Einbeziehung der Erzeugerketten auch bis zum Ursprung der Energieerzeugung („primärenergetisch“) erreicht. Ein weiterer Vorteil ist, dass weniger externe Kosten für die gesamte Gesellschaft entstehen, weil unter anderem weniger Treibhausgase emittiert und weniger gesundheitsschädliche Luftstoffe ausgebracht werden. Energieeffizient sanierte Gebäude erhöhen darüber hinaus den Nutzkomfort für die darin Arbeitenden oder Wohnenden.

Bis 2030 100 % erneuerbare Energien verwenden

Dieses Ziel für die städtischen Betriebe ergibt sich aus der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Dieses Ziel ist heute schon technisch machbar und mittelfristig unumgänglich. Ein schnelles Vorgehen schafft Arbeitsplätze und Planungssi-

cherheit und macht unabhängig von Energieimporten. Dies zu erreichen erfordert ein hohes Engagement. Oberbürgermeister und Stadtrat müssen es als prioritäres Thema aufgreifen und in allen Lebensbereichen umsetzen.

Dafür ist die Fortschreibung und Umsetzung eines umfassenden und anspruchsvollen Energie-, Klima- und Verkehrsprogramms nötig, das den statistischen Energieverbrauch, die Klimagasemissionen pro Einwohner sowie den Anteil des Gewerbesektors identifiziert und darauf basierend eine umfassende Strategie und einen konkreten Zeitplan entwickelt.

Das 100%-Ziel kann nur erreicht werden, wenn die folgenden vier Komponenten enthalten sind und Stadt-Umland-Energiekooperationen geschaffen werden:

- Pro Jahr muss so viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, wie verbraucht wird.
- Für die energetische Unabhängigkeit werden Saisonspeicher benötigt.
- Die Vollversorgung mit Wärme auf Basis regenerativer Energien kann nur durch eine massive Senkung des Wärmebedarfs erreicht werden. Das heißt, ein umfangreiches Sanierungsprogramm für Bestandsgebäude ist aufzulegen.
- Eine Versorgung des Verkehrssektors mit erneuerbaren Energien wird nötig.

Die Stadt als Vorbild: energieeffizientes und sparsames öffentliches Handeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand für zwingend notwendig. Die konsequente energetische Optimierung aller kommunalen oder öffentlich geförderten Bauaufgaben sowie Modernisierungsoffensiven bei bestehenden städtischen Gebäuden und der LWB spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Stadt benötigt ein Konzept, um die energetische Sanierung auch der privaten Altbauten voranzubringen. Anstelle neuer Baugebiete am Stadtrand sind alte Gebäude und Brachflächen zu nutzen. Dabei soll die Sanierung ganzer Quartiere im Fokus stehen. Umfassende Beratungen, Modellprojekte, Kampagnen und ein intensiver Erfahrungsaustausch mit anderen Städten sind dafür erforderlich.

Die Stadt Leipzig sollte vorbildhaft eine Initiative zum umfassenden Stromsparen anregen bzw. insbesondere in den öffentlichen Gebäuden Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs ergreifen. Geeignete Dächer städtischer Immobilien müssen endlich für Solaranlagen bereitgestellt werden. Verwaltungsinterne

Hemmnisse können nicht mehr akzeptiert werden. Der Stadt entgehen schließlich auch Einnahmen, die andere Städte längst realisieren.

Einwohnerinnen und Einwohner produzieren Energie

Bürgerkraftwerke und dezentrale Energieerzeugung müssen gefördert werden. Dazu soll eine Einwohnerfinanzierung in Zusammenarbeit mit der Sparkasse entwickelt werden. So entstehen regionale Wertschöpfungsketten, die von hohem volkswirtschaftlichen Wert sind. Kapital bleibt in der Region, Renditen entstehen vor Ort. Dafür ist eine stärkere administrative Vernetzung seitens der Stadt nötig, die sämtliche Hemmnisse und Hürden beseitigen und diesen Prozess aktiv unterstützen muss. In Zusammenarbeit mit den Leipziger Hochschulen, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sollen zudem innovative Methoden und Techniken zur Gestaltung der Energiewende genutzt werden.

Nicht auf Kosten anderer Menschen leben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine klimagerechte Stadt mit zukunftsfähiger Energieversorgung. Dies ist für das Leben und Wirtschaften zentral und muss auf kommunaler Ebene durch ein Programm für den generell sorgsam Umgang mit Ressourcen unteretzt werden. Parallel zur Umstellung auf 100 % regenerative Energie muss der Energieverbrauch durch Energieeffizienz und Energiesparen konsequent verringert und damit verbundene mögliche Zielkonflikte vermieden werden.

Eine Energiewende ist nur dann nachhaltig, wenn neben einer 100%igen erneuerbaren Energien-Versorgung und einer hohen Energieeffizienz auch Suffizienz umgesetzt wird, sprich ein maßvolles Handeln sowohl im Privathaushalt als auch in der Wirtschaft. Dies bedeutet weniger Energieverbrauch und weniger fossile Ressourcenausbeutung.

20 Mio. Tonnen Lebensmittel werden bundesweit jährlich weggeworfen: Brot, Obst, Gemüse, Milchprodukte, Fleisch und Wurst. Dies stellt eine immense Verschwendung von Ressourcen wie Wasser, Boden und Energie dar und verursacht somit zusätzliche Emissionen von CO₂. Zugleich ist das eine moralische, ökologische, wirtschaftliche und politische Bankrotterklärung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass weniger Lebensmittel vernichtet werden, indem Bäckereien, Super-

märkte und Discounter in Leipzig angehalten werden, Lebensmittel an Bedürftige weiterzugeben, statt sie wegzuerwerfen.

Schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen

Im Bereich der Ressourcenpolitik setzen wir uns für eine konsequente Kreislaufwirtschaft ein, die knappe Ressourcen schützt und Abfälle vermeidet. Die Abfallgebühren sollten per Satzung so gestaltet werden, dass sie einen Anreiz geben, Müll zu vermeiden und zu trennen.

Leipzigs Fließgewässer sollen bis 2015 gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie in einen „guten chemischen und ökologischen Zustand“ gebracht werden. Dazu muss die Stadt gewährleisten, dass auch bei Starkregen kein Abwasser ungeklärt in die Vorfluter gelangt. Die Infrastruktur von Kanalisation und Kläranlagen muss entsprechend angepasst werden, zum Beispiel durch getrennte Kanalisationen für häusliche Ab- und Regenwässer. Weiterhin setzen wir uns stärker für eine dezentrale Abwasserbehandlung in Kleinkläranlagen von Siedlungsgebieten ein.

KULTUR

„Im Freistaat Sachsen ist die Kulturpflege eine Pflichtaufgabe der Gemeinden und Landkreise“, so das Sächsische Kulturraumgesetz, das damit dem Reichtum und der gewachsenen Vielfalt der sächsischen Kulturlandschaft Rechnung trägt. Zu dieser Vielfalt hat die Stadt Leipzig über viele Jahrhunderte durch bürgerschaftliches Engagement außergewöhnlich viel beigetragen, von den Thomanern und der Oper über das Gewandhausorchester bis zum Schauspiel mit seinen bis zur Neuberin zurückreichenden Wurzeln. Dabei kann die städtische Kultur nicht nur die Pflege der vergangenen Meisterwerke im Fokus haben, sondern sie muss auch Neuem gegenüber aufgeschlossen sein. Die städtische Kultur als wesentlicher Standortfaktor Leipzigs wird auch und besonders durch die vielfältigen, lebhaften und innovativen Beiträge der Freien Szene geprägt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Kultur ein Instrument, um den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu fördern. Chancengleichheit beim Zugang zu Kulturangeboten ist ebenso notwendig wie die kulturelle Bildung für Jung und Alt. Die Sozio- und Stadtteilkultur hat dabei eine besondere Bedeutung. Sie soll bedarfsgerecht erhalten und in bisher unterversorgten Stadtteilen entwickelt wer-

den. Zudem müssen Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur gleichberechtigten Zugang zu kulturellen Angeboten erhalten, sondern ihr kultureller Hintergrund sollte sich nach Möglichkeit auch in den Kulturangeboten widerspiegeln. Das Erinnern an die Friedliche Revolution von 1989 ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein besonderes Anliegen. Neben der Sicherung von Rahmenbedingungen für vorhandene Einrichtungen und Projekte geht es um das Initiieren von Neuem, das geeignet ist, den Wert der damals gewonnenen Freiheit und Demokratie immer wieder zu verdeutlichen.

Leipzig lässt sich seine Kultur viel kosten. Während in vergleichbaren Kulturstädten wie Dresden oder Stuttgart erhebliche Landesmittel für die Kultur eingesetzt werden, finanzieren die Leipziger Bürgerinnen und Bürger ihre Kultureinrichtungen zum großen Teil selbst. Das ist eine enorme Leistung. Der jährliche Zuschuss für dieses Angebot beträgt bis zu 9 % des städtischen Ergebnishaushaltes. In Anbetracht der immer schwieriger werdenden Haushaltslage gerät die städtische Finanzierung der Kultur jedoch immer mehr unter Druck.

Zuschüsse laut Kulturraumgesetz einfordern - Kulturtaxe prüfen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der Sächsischen Staatsregierung, die im Sächsischen Kulturraumgesetz festgeschriebenen Zuschüsse für die Kommunen nicht weiter zu kürzen. Des Weiteren treten wir für eine gerechte Verteilung dieser Mittel ein.

Eine Kurtaxe für alle in Leipzig übernachtenden Gäste (analog zu Dresden) ist zu prüfen und gegebenenfalls einzuführen.

Strukturen prüfen

Die Kostensteigerungen im Kulturbereich bringen Leipzigs Haushalt immer weiter an seine Grenzen. Die Strukturen der Leipziger Kulturlandschaft waren auf dem Prüfstand. Die von actori offerierten Veränderungsmöglichkeiten sollten nur ausgeschöpft werden, wenn Einsparungen und Auswirkungen in einem gesunden Verhältnis stehen.

Ziel muss es sein, ein umfassendes und zeitgemäßen Ansprüchen genügendes Kulturangebot in unserer Stadt auch in Zeiten knapper Kassen zu erhalten. Dabei ist

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtig, dass nicht nur die Leuchttürme der Hochkultur, sondern auch Einrichtungen der kulturellen Bildung wie Museen, Kabarett und viele Leipziger Vereine ihren kulturellen und Bildungsauftrag weiter erfüllen können.

Finanziell verantwortungsvolle städtische Kulturpolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine auch finanziell verantwortungsvolle städtische Kulturpolitik, die sowohl künstlerische Qualität als auch internationale Strahlkraft der Kulturbetriebe absichert. Kulturelle Vielfalt kann nicht ein Gegeneinander der jeweiligen Genres bedeuten. Wir fordern daher verstärkte Kooperationen zwischen Hochkultur und Einrichtungen der Freien Szene. Diese Kooperationen sollen dabei innovative Ansätze ermöglichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erwarten, dass die Aufgaben der städtischen Kulturpolitik in einer Hand kompetent wahrgenommen werden. Das Amt einer Kulturbürgermeisterin oder eines Kulturbürgermeisters muss dementsprechend besetzt werden.

Kulturentwicklungsplan fortschreiben

Der Kulturentwicklungsplan muss dringend evaluiert und bis 2023 fortgeschrieben werden. Die Akteure der Leipziger Kulturlandschaft sind hier zwingend einzubinden.

Endlich 5 % für die Freie Szene

Für die Einrichtungen der Freien Szene ist ebenso wie für die Häuser der Hochkultur die Planungs- und Finanzierungssicherheit wichtig. Bis spätestens 2015 muss der von der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierte Stadtratsbeschluss mit dem garantierten 5%igen Fördermittelanteil für die Freie Szene am Kulturhaushalt umgesetzt sein. Wichtig ist dabei eine transparente Vergabe dieser Fördermittel. Bei der Neufassung der Fachförderrichtlinie Kultur sind die Vertreter der Freien Szene anzuhören.

„Distillery“ erhalten und Clubkultur stärken

Die Clubkultur gehört zur Leipziger Kulturlandschaft. Die „Distillery“, seit 1995 am selben Ort in der Südvorstadt und der älteste Club für elektronische Musik in Ostdeutschland, ist ein Ort für die jungen Menschen in dieser Stadt und stellt ein Lebensgefühl dar. Elektronische Musik und die entsprechenden Clubs sind ein bedeutender Teil der Leipziger Musik- und Jugendkultur. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt: Die „Distillery“ muss unbedingt am jetzigen Standort erhalten werden. Das trifft auch auf das „Conne Island“ zu.

Freiräume für Initiativen und Events

In Leipzig werden Initiativen und Events im Kultur- und Freizeitbereich zuweilen mit hohen oder intransparenten Auflagen belegt. Dabei trägt die Nacht- und Veranstaltungsökonomie zur Wertschöpfung in der Stadt bei, belebt die Kultur und hat sich zu einem Aushängeschild entwickelt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine transparente Auflagenpolitik, die dem Grundsatz der Gleichbehandlung folgt. Den Veranstaltenden soll größtmögliche Planungssicherheit gewährt werden, statt Verbote zu setzen sollen gemeinsam Alternativen erarbeitet und umgesetzt werden. Ein gutes Beispiel dafür ist die Global Space Odyssee. Um tolerant miteinander umzugehen, sind die Belange von betroffenen Anwohnern und Veranstalterinnen in einen Ausgleich zu bringen, indem gegenseitig aufeinander Rücksicht genommen wird.

Denkmalpflege ist Stadtkultur

Auch die bauhistorischen Denkmäler unserer Stadt gehören zur Stadtkultur. Denkmalschutz wie Baukultur müssen Bestandteil von kulturpolitischen Leitlinien sein. Instrumente um Denkmale zu erhalten, wie der Gestaltungsbeirat und die Denkmalpflege, sind unbedingt zu erhalten und zu stärken.

Museumslandschaft erhalten, entwickeln und vernetzen

Museen spielen als sammelnde, speichernde, forschende und vermittelnde Gedächtnisinstitutionen eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen und kulturellen Standortbestimmung. Sie sollen lehrende und lernende Institutionen sein, die auch

immer wieder der aktuellen Positionierung bedürfen. Voraussetzung hierfür bilden das Leitbild und das Museumskonzept. Museen müssen mit der vielfältigen regionalen und überregionalen Wissenschafts- und Forschungslandschaft vernetzt werden. Damit können Ressourcen in Forschung, Bildung und Vermittlung, aber auch in der Drittmittelakquise und dem Sponsoring ausgeschöpft werden.

Neuanfang für das Naturkundemuseum

So, wie die Bürgerinnen und Bürger Leipzigs 2011 Hunderte von Unterschriften gesammelt haben, setzen sich auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Erhalt des historisch gewachsenen Naturkundemuseums auf zeitgemäßem Niveau ein. Dafür bedarf es eines modernen Standortes, eines Leitbildes und einer konzeptionellen und zukunftsfähigen Neuausrichtung. Das Naturkundemuseum als Bildungsstätte für den Arten- und Naturschutz sowie für die Veränderung der Naturlandschaften in Mitteldeutschland verfügt über großartige Sammlungsbestände, die es zu bewahren, zu erweitern und weiter zu erforschen gilt. Dafür ist eine ständige Kooperation und Vernetzung mit wissenschaftlichen Institutionen, Vereinen und Gesellschaften notwendig.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass das Naturkundemuseum als umfassendes Umweltbildungszentrum am Standort Leuschnerplatz (Bowling Center) ausgebaut und mit den drei Umweltbibliotheken und anderen Umwelteinrichtungen Leipzigs vernetzt wird.

Faire Arbeitsbedingungen in der Leipziger Kultur/ Rahmenbedingungen sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die städtische Kulturförderung die soziale Situation von Kunst- und Kulturschaffenden im Blick hat. Prekäre Arbeitssituationen auch bei Freischaffenden, die von der Kulturförderung profitieren, müssen vermieden werden. Die Musikschule und die Volkshochschule, beides Eigenbetriebe der kulturellen Bildung, sollten ein ausgewogenes Verhältnis von fest angestellten und freiberuflichen Beschäftigten aufweisen. Bildende Künstlerinnen und Künstler müssen für die Ausstellung ihrer Werke in jedem Falle angemessen vergütet werden. Dafür soll die Richtlinie des Sächsischen Künstlerverbandes angewendet werden.

Voraussetzung für künstlerisches Schaffen insbesondere in den Bereichen Musik und bildende Kunst ist das Vorhandensein entsprechender Arbeitsräume. Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine kontinuierliche Förderung von Vereinen und Initiativen ein, die die Schaffung und Vermittlung von Bandproberäumen und Ateliers zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Bei der Stadtplanung und Quartiersentwicklung sollen die Bedürfnisse der Kulturszene in jedem Fall mit betrachtet werden.

Internationaler Standort für die Kultur- und Kreativwirtschaft → Wirtschaft

LÄRMSCHUTZ

Die Hauptursache von Lärm ist der Verkehr, besonders dort, wo sich die Emissionen von Pkw, Straßenbahn, Güterverkehr und Flugverkehr überlagern. Lärm macht krank. Wer an verlärmten Straßen wohnt, ist signifikant häufiger von Herz-Kreislauf-Erkrankungen betroffen. Die städtische Umwelt- und Verkehrspolitik muss dem Gesundheitsschutz eine höhere Priorität einräumen. Der aktuelle Lärmaktionsplan hat nur eine Alibifunktion und setzt keine konkreten Schwerpunkte.

Lärmschutz besser koordinieren und Anwohnende einbeziehen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Ämter der Bereiche Verkehr, Stadtplanung, Stadtentwicklung und Ordnung ihr Handeln bei der Umsetzung des Lärmschutzes besser koordinieren. Zudem gilt es, einen Lärmaktionsplan zu entwickeln, der die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Vor-Ort-Kompetenz langfristig in die Planung einbezieht und auch den eingemeindeten Ortsteilen klare Verbesserungen bringt. Die Pläne sind alle fünf Jahre anzupassen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Stadt Leipzig:

- aktive Lärmschutzmaßnahmen wie Straßenbegleitgrün fördert,
- in passiven Lärmschutz investiert,
- den Luftreinhalteplan konsequent umsetzt,
- leere Baumscheiben neu bepflanzt,

- einen Lärmaktionsplan ohne Alibifunktion auflegt, der den Problemen wirklich gerecht wird und den motorisierten Individualverkehr durch mehr Tempo-30-Zonen bei gleichzeitiger Optimierung der Verkehrsleitung (grüne Wellen) entschleunigt, und
- sich für Tempo 100 auf den stadtnahen und an Siedlungen angrenzenden Abschnitten der A14 und A38 einsetzt, um die Gesundheit von Anwohnerinnen und Anwohnern zu schützen.

Außerdem muss die Stadt den Dialog zwischen dem Veranstaltungsmanagement, dem innerstädtischen Gastgewerbe und den Anwohnenden für ein friedvolles Zusammenleben moderieren.

Wirksamer Schutz vor Fluglärm

Vor allem nächtlicher Fluglärm mit seinen häufigen, steilen Schallpegeln ist extrem gesundheitsschädlich. Menschen, die in Einflugschneisen wohnen, können trotz geschlossener Schallschutzfenster, Schlaftablette und Ohrstöpsel nicht schlafen. Ursache dafür ist der Flughafen Leipzig/Halle, der deutschlandweit das schlechteste Lärmschutzprogramm und die höchste Zahl an Betroffenen aufweist und von dem mithin die größte gesundheitliche Gefährdung ausgeht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Stadt aktiv auf den Flughafen zugeht, um zu erreichen,

- dass Triebwerksprobeläufe in der eigens dafür errichteten Halle stattfinden,
- dass die Anfang 2012 verringerte Nachtschutzzone so wiederhergestellt wird, dass sie die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner gemessen an der Belastung tatsächlich schützt,
- dass der Flughafen mehr in den aktiven und passiven Lärmschutz investiert und
- dass ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr eingeführt wird.

MOBILITÄT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Verkehrswende. Daher wollen wir Leipzig zu einer Vorbildstadt für nachhaltige Mobilität machen. Unser Ziel ist eine lebenswerte Stadt, die auch spielenden Kindern Raum gibt und nicht alles am motorisierten Individualverkehr ausrichtet. Für Ressourcen- und Klimaschutz, eine kindgerechte Stadt und ein verkehrsberuhigtes Wohnumfeld ist die Entwicklung eines Energie- und Verkehrskonzeptes dringend notwendig, das die vorhandenen Alternativen zum Auto für jeden praktikabel, bezahlbar und attraktiv macht. Wir wollen die zahlreichen bereits vorhandenen Vorlagen und Beschlüsse vom Oberbürgermeister und Stadtrat hin zu einer umweltfreundlichen Mobilität umsetzen und konsequent weiterentwickeln. Dabei ist es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unumgänglich, Haushaltsmittel zur Förderung des Autoverkehrs auf andere Bereiche umzuschichten.

Für ein umfassendes kommunales Mobilitätsmanagement

Ein umfassendes kommunales Mobilitätsmanagement, das der Komplexität von Mobilität Rechnung trägt und klare Leitlinien für einen autoarmen Verkehr vorsieht, muss folgende Maßnahmen umfassen:

- die Förderung und Bevorzugung des ÖPNV
- die Förderung von Car-Sharing durch Bereitstellung von Stellflächen, den Ausbau der Rabatte auf Kombi-Nutzungen mit dem ÖPNV und eine Informationskampagne,
- die Förderung des Fahrradverkehrs,
- eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger,
- ein stadtweites Parkraummanagement sowie Ausbau und Bewerbung des Park-and-ride-Systems,
- das betriebliche Mobilitätsmanagement fördern,
- verbesserte Mobilitätsinformationen für Neuzugezogene,
- stadtnahe Gewerbeansiedlungen statt immer neuer dezentraler Gewerbegebiete und
- die Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen zu nachhaltiger Mobilität: unter anderem das integrative Stadtentwicklungskonzept 2020 (verabschiedet 2009), die Maßnahmen zur autoarmen Stadt (2010), das Finanzkonzept ÖPNV mit der darin enthaltenen Fahrradkampagne (verabschiedet 2009) sowie der Radverkehrsentwicklungsplan 2010–2020 (verabschiedet 2012).

Der ÖPNV als Rückgrat der nachhaltigen Mobilität

Um den ÖPNV zu stärken, ist der Nahverkehrsplan unverzichtbare Grundlage, dessen Umsetzung nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen darf. Für den Fall, dass die Gewinne im LVV-Konzern (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft) das LVB-Defizit nicht decken können, muss die Stadt Reserven im Haushalt vorsehen, um dieses Defizit teilweise selbst abzudecken. Das Fahrpreisniveau im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) hat eine Höhe erreicht, die deutlich über dem deutschen Durchschnitt liegt. Zukünftig wird ein Preismoratorium angestrebt, da Kostensteigerungen beim Betrieb nicht allein durch die Fahrgäste getragen werden können. Daher ist auch hier die Stadt finanziell gefordert.

Bei der weiteren Entwicklung des ÖPNV muss ein Schwerpunkt darauf liegen, auch die Außenstadteile anzubinden, die noch nicht mit S-Bahn oder Straßenbahn erreicht werden können.

Das alles erfordert eine umfassende Diskussion mit allen kommunalen Akteurinnen und Akteuren über die Schaffung eines Konzeptes für eine solide und langfristige Finanzierungsbasis der LVB. Dies muss auch eine Basis für die Lösung des aktuellen Investitionsstaus sein. Die derzeitige Konstruktion über die Gewinnabschöpfung von KWL und Stadtwerken garantiert dies nicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für folgende Maßnahmen ein:

- Der ÖPNV muss unter Nutzung der erneuerbaren Energien verstärkt elektrifiziert werden.
- Die Informations- und Kommunikationsangebote für Mobilitätsdienstleistungen wie Plattformen im Internet (Mobilitätsportal, Fahrplanauskunft etc.) und für Smartphones sowie Printmedien sollen optimiert werden.
- Die Spielräume für einen preisgünstigen ÖPNV sollen aktiv gesucht werden.
- Am Sozialticket muss festgehalten werden.
- Perspektivisch müssen Lösungen für eine kostenlose Schülerbeförderung aufgezeigt werden.
- Der spätabendliche und Nachtfahrtakt bei Bus und Bahn muss erhöht werden.

Umstieg auf Fahrrad- und Fußgängerverkehr weiter befördern

Die positiven Auswirkungen des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs auf die Gesundheit und das Wohlbefinden sollen verdeutlicht werden. Nicht zuletzt dank unserer Aktivitäten hat Leipzig das Potenzial zur fahrradfreundlichsten Großstadt im Osten. Der deutlichen Stärkung des Fahrrad- und Fußgängerverkehrs kommt auf dem Weg zu nachhaltiger Mobilität eine Schlüsselfunktion zu.

Dies kann mit folgenden Maßnahmen erreicht werden:

- Die Wegenetze für den Radverkehr müssen aus sich selbst heraus konzipiert werden, nicht als Anhängsel des Autoverkehrs.
- Die Radwegenutzungspflicht in Leipzig sollte überprüft und gegebenenfalls aufgehoben werden.
- Bedarfsgerechte Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind weiter zu schaffen. Fahrradstreifen und Fahrradschutzstreifen sind anzulegen.
- Die Nutzung elektrisch betriebener Fahrräder (Pedelects) soll in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken durch sichere Abstellmöglichkeiten, Ladestationen und Leihsysteme unterstützt werden.
- Die Winterdienstsatzung muss parallel zur Straßenräumung eine Fahrradwegräumung vorsehen. Es dürfen nicht wie bisher Fahrrad- und Fußwege zugeschoben und damit unbefahrbar gemacht werden.
- Gehwege in angemessener Breite und in sicherem Zustand sind für einen attraktiven Fußgängerverkehr unabdingbar.
- Ein „Autofreier Tag in Leipzig“ muss fester Bestandteil im Rahmen der Teilnahme an der Europäischen Woche der Mobilität sein.

Für eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bessere Vernetzung der Verkehrsträger ein. Maßnahmen wie Fahrradbügel in ÖPNV-Nähe und Park-and-ride-Plätze oder die Förderung von Car-Sharing und Leihradkonzepten sind von zentraler Bedeutung. Die Mitnahmemöglichkeiten für Fahrräder im ÖPNV sollen ausgebaut werden.

Wir fordern im Interesse der Lebensqualität die autofreie Innenstadt und einen fußgänger- und fahrradfreundlichen Promenadenring. Abgesehen von Lieferfahrzeugen sollen lediglich die Parkhäuser angefahren werden können. Im Interesse einer kindgerechten, lärm- und schadstoffarmen sowie fußgängerfreundlichen Stadt ist ein Magistralenkonzept zu entwickeln und die Verkehrsbedeutung des Promenadenrings zu reduzieren.

Straßenbau: Für Sanierung statt Neubau

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Konzentration des Straßenbaus auf Erhaltungs- statt auf Neubaumaßnahmen. Das Straßennetz ist bereits sehr dicht und umfangreich, der Etat zum Erhalt ist nicht ausreichend gedeckt. Im Interesse von Lebensqualität, Kindern, Fußgängerinnen und Fußgängern sowie generell einer nachhaltigen Mobilität kann ein weiterer Ausbau daher nicht unterstützt werden. Dies gilt auch, wenn dafür Fördermittel des Bundes oder Landes akquiriert werden könnten – Hauptkriterium für die Entscheidung zum Straßenbau muss nicht das Abschöpfen von Fördermitteln, sondern der gesamtgesellschaftliche Nutzen sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, von dem millionenschweren Prestige- und "Schlüsselprojekt" des geplanten Neubaus einer B 87n zwischen Eilenburg und Leipzig Abstand zu nehmen. Die Realisierung der Planung würde die Landschaft zerschneiden, Ortsverbindungen kappen, zum Verlust landwirtschaftlicher Flächen führen und Lärmbelastungen weiter erhöhen. Bei Straßensanierungen ist darauf zu achten, dass die Belange des Umweltverbundes vorrangig berücksichtigt werden. Insbesondere die breiten Gehwege sollten erhalten bleiben.

ORDNUNG UND SICHERHEIT

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung auf lokaler Ebene ist eine entscheidende Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Stadt und ein grundlegendes Bedürfnis aller Menschen.

In Leipzig werden seit längerer Zeit viele individuelle Freiheiten im Dienste einer scheinbaren „Sicherheit“ beschnitten. Da Freiheit als ein wesentliches Grundrecht auch gesetzlich garantiert wird, müssen zu deren Durchsetzung unnötige freiheits-einschränkende Faktoren von staatlicher Seite unterbunden werden.

„Sicherheit“ bedeutet für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die Sicherung der freiheitlich demokratischen Rechte und muss dementsprechend als Gegenteil von Überwachung und Reglementierung gelten – „Sicherheit“ bedeutet auch vor staatlichen Übergriffen und Überwachung geschützt zu sein.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollen den Menschen freie Entfaltungsmöglichkeiten garantieren. Im Zuge der Aufklärung und Verhinderung von Straftaten muss sich die Polizei wieder verstärkt ihren „eigentlichen“ Aufgaben widmen. Eine zu lange Anfahrtszeit der Polizei zum Tatort aufgrund von Aufgaben, die ebenso vom Ordnungsdienst durchgeführt werden können, ist nicht vertretbar. Aber nicht nur die Polizei ist für die Verbesserung der Kriminalitätssituation zuständig: Jeder Mensch kann und muss mit Zivilcourage zu mehr Sicherheit in Leipzig beitragen. Durch ein stärkeres Miteinander, Nachbarschaftshilfe, gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis kann die Polizei entlastet und das Sicherheitsgefühl der in Leipzig Wohnenden gestärkt werden.

Keine Alkoholverbotzonen

Die sächsische Landesregierung verlässt sich genau auf eine Strategie: Der öffentliche Raum wird „sauber“ gehalten, um ein subjektives Sicherheitsgefühl zu schaffen. Diese „Sauberkeit“ opfert urbane Lebendigkeit und schränkt die Menschen unnötigerweise in ihrem spontanen Umgang mit öffentlichem Raum ein. Wir stellen uns gegen den derzeit geführten unehrlichen Diskurs – während das Trinken in Restaurants und Bars gesellschaftlich akzeptiert und anerkannt ist, wird der Konsum von Alkohol auf öffentlichen Plätzen der Stadt kriminalisiert.

Auch wir sehen den Umgang mit Alkohol als problematisch an. Die Lösung des Drogenproblems – egal ob es sich um Alkohol oder illegale Drogen handelt – kann nicht in Symbolpolitik bestehen, die keineswegs versucht, Ursachen zu beseitigen.

Rein repressive Maßnahmen helfen mitnichten, den Alkohol- und Drogenkonsum zu verringern. Wesentlich ist es, über die Konsequenzen des Konsums aufzuklären sowie Verständnis für Abhängige zu entwickeln. Eine Verurteilung – ob moralisch oder strafrechtlich – hilft weder den Suchtkranken noch vermindert sie Straftaten noch senkt sie die Kriminalität. Aus diesem Grund unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Leipziger Suchtpräventionsstellen und deren Arbeit.

Alkoholpräventionsprogramme im öffentlichen Raum ausbauen

Ein Konzept, das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeregt wurde, hat bundesweit für Aufsehen gesorgt: Es verfolgt eine aufsuchende Straßensozialarbeit, die Betroffene im öffentlichen Raum betreut und sie mit Angeboten der Suchthilfe vertraut macht. Der große Erfolg, der auch von der Polizei anerkannt wird, zeigt deutlich, dass positive Arbeit zielführender ist als Verbote. Dieses Konzept soll für Leipzig flächendeckend ausgebaut werden.

Keine Überwachungskameras im öffentlichen Raum

Kameraüberwachung führt nur zu einer räumlichen Verschiebung von Kriminalität, nicht aber zu einer Verbesserung der objektiven Sicherheitslage. Für diese Verschiebung wird ein tiefer Einschnitt in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung hingenommen. Dazu kommen die Kosten der Maßnahme, die in keinem Verhältnis zum erhofften Erfolg stehen. Verschiedene Studien belegen zudem, dass Kameraüberwachung zum Teil sogar das Sicherheitsempfinden verschlechtert. Ordnungsdienst und Polizei müssen die Nutzung von privaten Kameras kontrollieren, die in den öffentlichen Raum reichen. Dies geschieht nur völlig unzureichend. Mit dem stark zunehmenden und akuten Risiko von Datenmissbrauch durch private Anwenderinnen und Anwender ist die informationelle Sicherheit und Selbstbestimmung in Gefahr.

Zusammenarbeit von Verwaltung und Polizei stärken

Die großen Diskrepanzen zwischen den Verwaltungsvorgaben und dem polizeilichen Handeln auf dem Gebiet der Drogenpolitik in Leipzig führen zu Verwerfungen, die nicht hinnehmbar sind. Politisch ausdiskutierte Standpunkte müssen in der Zusammenarbeit mit der Polizei einen starken Widerhall finden.

Polizei und Ordnungsamt müssen personell gut ausgestattet sein, um drogen- und suchtpolitische Maßnahmen umzusetzen. Auch darauf muss Stadtpolitik hinwirken.

Sperrstunde in Leipzig aufheben

Der letzte Rest der Sperrstunde, eine Stunde pro Nacht, besteht nur noch zum Schein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Sperrstunde in Leipzig ganz abschaffen.

Maßvoller Umgang mit dem Instrument der Rechtsverordnungen

Kommunen haben die Möglichkeit, Rechtsverordnungen zu erlassen, um vorhandene Probleme zu lösen. Ebenso wie wir es ablehnen, dass Alkoholverbotszonen ausgewiesen werden, wollen wir nicht, dass der Umgang der Stadt mit ihren Menschen von Misstrauen geprägt ist und die Polizeiverordnung einseitig restriktiv ausfällt. Kreide auf der Straße und Kinderlachen ist keine Einschränkung der Sicherheit.

Zivilgesellschaft stärken

Wir wollen eine Kultur der Anerkennung. Die Kriminalitätsfurcht ist dort gering, wo sich Menschen engagieren und sich für die Verbesserung des Lebensumfeldes einsetzen. Dies kann die Stadt fördern, indem sie Vereine unterstützt und Straßenfeste ohne bürokratische Auflagen schnell bearbeitet und zulässt. Der öffentliche Raum gehört den Menschen. Wir wollen einen öffentlichen Raum, der alle dazu einlädt, ihn zu nutzen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Die einseitige Ausrichtung der Stadtplanung auf die Frage ökonomischer Belange ist daher fehl am Platz. Vielmehr muss Stadtplanung dazu beitragen, öffentliche Räume aufzuwerten und Sicherheitsgefühl zu schaffen, damit sich jede und jeder zu allen Tages- und Nachtzeiten gerne in der Stadt bewegt. Darüber hinaus bieten Sportvereine Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen und das friedlich-tolerante Miteinander zu üben. Gerade die Sportvereine gilt es daher zu unterstützen.

Demokratie schützen – rechtsradikales Gedankengut widerlegen

Rechtsradikales Gedankengut darf sich in Leipzig nicht etablieren. Wir müssen dem mit Kreativität und Vielseitigkeit entgegenreten und unter anderem verhindern, dass die NPD in den Leipziger Stadtrat einzieht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine finanzielle und strukturelle Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements gegen rechtsradikales Denken ein. Beispielhaft sind hier Projekte alternativer Jugendkultur und die Unterstützung von Aussteigerprogrammen. Demokratieförderung und Aufklärung über Rechts extremismus muss bereits in den Schulen auf Initiative der Stadt erfolgen. Darüber hinaus gilt es, selbstverantwortliches Handeln und Gewaltfreiheit zu stärken und Jugendaustauschprojekte zu fördern. Auch sollten Vermieterinnen und Vermieter sowie Vereine koordiniert aufgeklärt werden, um rechten Aktivitäten keinen Raum zu gewähren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein Bündnis aller Demokratinnen und Demokraten im Leipziger Stadtrat über Parteigrenzen hinweg ein.

SENIORINNEN UND SENIOREN

Leitlinien in der Seniorenpolitik fortentwickeln

Die demografische Entwicklung führt auch in der Stadt Leipzig zu einem steigenden Anteil älterer Menschen. Damit Leipzig eine seniorenfreundliche Stadt bleibt, setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Rahmenbedingungen bereitgestellt werden, die es älteren aktiven Menschen ermöglichen, sich mit ihrer Lebenserfahrung und ihrem erworbenen Fachwissen in die Stadtgesellschaft einzubringen. In gleicher Weise wollen wir, dass hilfebedürftige ältere Menschen seitens der Stadt Leipzig Unterstützung erfahren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich deshalb auch weiterhin stark machen, dass der mit dem Seniorenbeirat erarbeitete 3. Altenhilfeplan aus dem Jahr 2012 umgesetzt wird. Er zeigt die demografischen und mit der Alterung der Bevölkerung verbundenen Entwicklungen in Leipzig auf, indem er die Themen Pflege, Gesundheit, Behinderung, Wohnen, soziale Sicherung, Bildung, Kultur, Sport, Mobilität, Sicherheit, freiwilliges Engagement, offene Seniorenarbeit und Seniorenbeirat behandelt und auch erstmals auf den steigenden Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund eingeht.

Die seniorenpolitischen Leitlinien bilden den „roten Faden“ für die Umsetzung von Maßnahmen in entsprechenden Handlungsfeldern, sie sind für Politik und Verwaltung handlungsbegleitend und geben Orientierung für Akteure der kommunalen

Seniorenpolitik. Diese Leitlinien sollen innerhalb einer angemessenen Zeitspanne im Dialog mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, den Interessenvertretungen sowie den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden.

Seniorenbüros und Seniorentelefon sollen auf Dauer bleiben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Seniorenbüros dauerhaft erhalten, die 2013 in den zehn Stadtbezirken im Rahmen des „Förderprogramms der Stadt Leipzig zur Neuausrichtung der offenen Seniorenarbeit“ neu geschaffen wurden. Sie sind Anlaufstelle für Seniorinnen und Senioren und deren Angehörige, für ältere Menschen mit Behinderung sowie für alle Akteure in den jeweiligen Stadtbezirken. Sie befördern ein generationsübergreifendes Miteinander und halten ein qualifiziertes Beratungs- und Informationsangebot zu allen Themen des Älterwerdens bereit.

Das Seniorentelefon des städtischen Sozialamtes, das sich zu einem festen Beratungsangebot für ältere Menschen und insbesondere pflegende Angehörige entwickelt hat, wollen wir ebenfalls beibehalten. Das gilt auch für die kostenfreie Beratung durch die Beratungsstelle „Wohnen und Soziales“, die eine zentrale Anlaufstelle für ältere Menschen und/oder Menschen mit Behinderung ist. Stadtteilorientierte innovative Ideen und Projekte für und mit Seniorinnen und Senioren sollen weiter gefördert werden.

Gestaltung des öffentlichen Raumes → Stadtentwicklung
„Stadt der kurzen Wege“ → Stadtentwicklung

SOZIALES

Leipzig ist mit sozialen Herausforderungen konfrontiert. Leipzig ist immer noch die Stadt mit dem höchsten Anteil an Kindern, die in Armut leben. Viele Leipzigerinnen und Leipziger leben trotz Arbeit an der Armutsgrenze. Soziale Gerechtigkeit ermöglicht Chancengleichheit und Teilhabe eines jeden Menschen und beugt Ausgrenzung vor. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch weiterhin für eine verantwortungsvolle Sozialpolitik ein.

Soziale Gerechtigkeit beginnt mit der Geburt – Kinderarmut bekämpfen

Immer noch ist seine soziale Herkunft prägend für das Leben und den Werdegang eines Kindes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen die Chancen aller Kinder in den Mittelpunkt einer verantwortungsvollen Sozialpolitik. Diese Querschnittsaufgabe vieler Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie Institutionen muss besser abgestimmt werden: Jugendamt, Sozialarbeit, Bildungseinrichtungen und Ehrenamt müssen enger miteinander verknüpft werden. Damit Kinder teilhaben, müssen sie Bildung erfahren: Eine Schulabbrecherrate von 15% ist inakzeptabel. Sie ist Ausdruck eines exkludierenden Bildungssystems, das Kinder von Nichtarbeitenden aus der ganztägigen Kindertagesstätte ausschließt, Kinder mit Behinderungen separiert, Erziehende und Lehrende mit den sozialen Problemen ihrer Schülerinnen und Schüler weitgehend allein lässt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten an ihren Forderungen nach wohnortnahen Kindertagesstätten, nach einer Verstärkung der Sprachförderung im Kindergarten, nach mehr Elternarbeit zur Stärkung ihrer Erziehungscompetenz und nach Ausweitung der Schulsozialarbeit fest. Grundlage für den Ausbau soll der Bildungsreport sein: Hier werden sozialräumliche Benachteiligungen unverkennbar markiert, bislang aber weitgehend nur zur Kenntnis genommen.

Kein Kind darf auf der Strecke bleiben. Damit sie teilhaben können, müssen öffentliche Angebote für Kinder kostenfrei werden. Neben Bibliotheken und Museen sind auch weitere Angebote auf ihre Kostenfreistellung zu prüfen. Kinder sollen kostenfrei Bus und Bahn fahren! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Umsetzung in zwei Schritten: zunächst für Grundschulkinder und später auch für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen.

Existenzsichernde Einkommen schaffen – Schluss mit Lohndumping

Leipzig erfreut sich eines Zuwachses von Beschäftigung. Dennoch ist Leipzig immer noch eine Großstadt mit einem vergleichsweise niedrigen durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Viele Menschen müssen ihr Einkommen trotz Arbeit weiterhin mit Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II aufstocken. Wir fordern reguläre Beschäftigung statt Umwandlung in 450 Euro-Jobs und Tarifbindung. Sozial ist, was die Teilhabe an der Gesellschaft sichert!

Einkommenschwache Menschen bei Miete und Betriebsnebenkosten unterstützen

Im Rahmen der bundesgesetzlichen Regelungen kommt den Kommunen insbesondere bei der Festlegung der anzuerkennenden Kosten der Unterkunft eine zentrale Rolle zu. Die drastische Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt erfordert, dass diese ständig überprüft wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb, dass das bislang eher statische „schlüssige Konzept“ der Stadtverwaltung in ein jährlich fortzuschreibendes abgeändert wird. Um die Flut von Klagen gegen Entscheidungen des Jobcenters zur Anerkennung der Kosten der Unterbringung einzudämmen, muss so lange der Grundsatz gelten: Im Zweifel für die Antragstellenden!

Haushalte mit niedrigem Einkommen sind von steigenden Energiepreisen besonders stark betroffen. Strom- und Gassperren haben einschneidende Folgen, besonders für Kinder, kranke Menschen und Menschen im Alter oder mit Behinderung. Um ein menschenwürdiges Dasein zu gewährleisten, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Verzicht auf Strom- und Gassperren durch die Stadtwerke und die Prüfung des Einsatzes von sogenannten „Vorkasse-Zählern“ bei Zahlungsschwierigkeiten.

Jobcenter – Konflikte abbauen

Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II erleben das Jobcenter oftmals als repressiv und als eine Einrichtung, die nur ungenügend an ihre tatsächlichen Bedürfnisse angepasst ist. Bescheide sind wenig transparent. Sanktionen werden als willkürlich wahrgenommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich deshalb für die Neuorganisation des Konfliktmanagements beim Jobcenter aus. Im Beirat sollen auch Arbeitsloseninitiativen vertreten und Sitzungen des Beirates sollen öffentlich sein. Gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen soll ein Modellprojekt installiert werden, indem mit der Schaffung einer unabhängigen Ombudsstelle bestehende Konflikte im Vorfeld von gerichtlichen Auseinandersetzungen geklärt werden können.

Des Weiteren setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein,

- dass die Kriminalisierung von SGB-II-Empfängerinnen und -empfängern bei Ordnungswidrigkeiten im Bagatellbereich beendet wird und
- dass Arbeitsloseninitiativen und -treffs eine ausreichende finanzielle Ausstattung erhalten, die eine unabhängige Arbeitslosenberatung ermöglicht.

Neuen Anforderungen in der Wohnungslosigkeit begegnen

Immer mehr Menschen sind in Leipzig nicht nur vorübergehend wohnungslos. Ursache für die steigende Zahl von Zwangsräumungen sind nicht nur Mietrückstände, sondern häufig auch soziale oder gesundheitliche Schwierigkeiten. Kinder sind besonders betroffen. Die Dunkelziffer ist hoch.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb ...

- ... eine weitere Verstärkung der präventiven Arbeit durch das Sozialamt der Stadt, durch Freie Träger und durch das Jobcenter,
- ... dass die Stadt denjenigen Familien, die von Zwangsräumung betroffen sind, ausreichend Gewährleistungswohnungen zur Verfügung stellt,
- ... eine vorübergehende und unbürokratische Mietschuldenübernahme durch das Sozialamt oder das Jobcenter, um Zwangsräumungen zu verhindern,
- ... den Ausbau und die Unterstützung von Schuldnerberatungsstellen und
- ... den Ausbau des städtischen Angebotes für Wohnungslose, insbesondere für chronisch mehrfach geschädigte Menschen.

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gewährleisten

Allen Menschen, ob mit oder ohne Behinderung, ist uneingeschränkt die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bei der Bildung und in der Arbeitswelt zu ermöglichen. Es ist das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für alle Menschen mit Behinderung bestehende Barrieren und vorhandene Diskriminierung im Alltag abzubauen. Ein selbstbestimmtes Leben ist unter Beachtung der UN-Behindertenrechtskonvention zu gewährleisten.

Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere dafür ein, das städtische Konzept zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung durch ein Kon-

zept zu ersetzen, dass ein inklusives Gemeinwesen zum Ziel hat. Die Mitglieder des Behindertenbeirates müssen aktiv in alle Projekte, die der Stadtentwicklung dienen, einbezogen werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein stärkeres Mitspracherecht des Behindertenbeirates, bei der barrierefreien Umsetzung von Projekten aller Art.

*wohnnortnahe Entwicklung von barrierefreien Bewegungsräumen → Sport
barrierefreie Zugänge → Stadtentwicklung
barrierefreier städtischer Internetauftritt → Verwaltung*

SPORT

Mehr als 360 Sportvereine tragen zur Gesundheitsvorsorge, zum sozialen Zusammenhalt, zur Begegnung und Verständigung in Leipzig bei. Sie leisten damit einen unschätzbaren Beitrag für das Gemeinwohl.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich auch weiterhin zu einer ausgewogenen Förderung von Freizeit- und Breitensport sowie Leistungssport. Aufgrund der steigenden Mitgliederzahlen steht der selbstverwaltete Sport vor einer großen konzeptionellen und organisatorischen Herausforderung. Deshalb unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit 2009 das „Sportprogramm 2015 für die Stadt Leipzig“ mit dem Ziel, die Infrastruktur zu verbessern und den Sport wirksam zu fördern. Denn die Sporthallenkapazitäten reichen nicht mehr aus, es muss dringend saniert werden. Sportplätze sind zu erneuern und Vereinsheime sind mit Neubauten zu ergänzen.

Wir machen uns insbesondere stark für

- eine gezielte Förderung der ehrenamtlichen Sportarbeit,
- die vorrangige Förderung des Kinder- und Jugendsports,
- die spezielle Förderung von Sportangeboten für Menschen mit Behinderung und sozial benachteiligte Menschen sowie
- die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.

Außerdem setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine wohnnortnahe Entwicklung von barrierefreien Bewegungsräumen wie Laufstrecken, Sportspielplätze oder Bolzplätze ein.

STADTENTWICKLUNG

Eine nachhaltige Stadtplanung hat das Ziel einer für alle Menschen lebenswerten Stadt. Dafür ist die Integration ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Aspekte die Planungsgrundlage. Eine nachhaltige Stadtplanung hat eine gemeinschaftliche Problem- und Konfliktlösung zum Ziel und setzt somit die Zusammenarbeit aller städtischen Akteurinnen und Akteure voraus. Sie verlangt nach Strategien der Vermeidung von Verkehrs- und Umweltproblemen sowie unnötigem Freiraumverbrauch. Soziale Segregation soll vermieden bzw. eine durchmischte Sozialstruktur erreicht werden. Die Nutzung von Fördermitteln von Bund und Land unter Vorgaben und Auflagen, die oftmals nicht den Bedürfnissen der Menschen entsprechen, ist abzuwägen. Stattdessen muss über städtebauliche Großprojekte unter Gesichtspunkten der langfristigen nachhaltigen Nutzung entschieden werden.

„Stadt der kurzen Wege“ - Funktionsmischung und Vorrang für Innenstadtentwicklung

Die Suburbanisierung – die zunehmende Entfernung der Standorte für Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholung durch unkontrollierte Ausdehnung der Siedlungsfläche ins Umland – stellt eine Fehlentwicklung der Siedlungsstruktur dar, da sie negative ökologische, ökonomische und soziale Auswirkungen mit sich bringt, in deren Folge Verkehrsbelastung und Abwanderung ins Umland weiter anwachsen. Vorrangig sind alle städtischen Flächen für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung zu nutzen sowie die vorhandenen innerstädtischen Wohn- und Gewerbeflächen auszulasten. Die verschiedenen Funktionen der Stadt (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Erholen) sollen innerhalb der Stadtteile miteinander kombiniert werden. Durch Verdichtung, Mischung und Polyzentralität wird die kompakte Stadt angestrebt, die fußgänger- und fahrradfreundlich sowie energie- und flächensparend ist. Sie vermeidet Verkehr, begünstigt die Wertschöpfung im Stadtgebiet und verbessert die Lebensqualität.

Für soziale Mischung und lebendige Freiräume

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN engagieren sich für eine soziale Mischung und lebendige Freiräume. Eine nachhaltige Stadtentwicklung fördert neben der Funktionsmischung innerhalb der Stadtteile auch die soziale Mischung von Bewohnenden unterschiedlicher Einkommensklassen, Haushaltstypen und Lebensstile. Diese He-

terogenität bietet den Raum für eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe, die gegenseitig voneinander profitieren können. Sie eröffnet Chancen für den Austausch und die gegenseitige Hilfe zwischen Angehörigen unterschiedlicher Erfahrungswelten.

Eine Mischung privater, gemeinschaftlicher und öffentlicher Freiraumtypen soll angestrebt werden. Freiräume, die sich gegenseitig durchdringen, bieten eine hohe Vielfalt an Nutzungsmöglichkeiten. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen in ihrem Wohnumfeld mit Natur in Berührung kommen können, die Natur muss mit ihren Kreisläufen wieder erfahrbar sein, auch um das Verantwortungsbewusstsein der Umwelt gegenüber zu fördern.

Stadt(quartiers)planung mit Einwohnerbeteiligung

Einwohnerinnen und Einwohner sind Fachleute vor Ort, auf deren Expertenwissen, resultierend aus täglichen Erfahrungen, bei der Stadtplanung nicht verzichtet werden kann. Relevante Fragen und Entscheidungen müssen transparent gemacht und öffentlich diskutiert werden. Schließlich wird mit aktiver Teilnahme der Bewohnenden am Erneuerungsgeschehen deren Identifikation mit und Bindung ans Wohnquartier gestärkt. Eine Planung, die die Perspektive der Betroffenen berücksichtigt und entsprechend realisiert wird, gewährleistet, dass die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung erfolgreich umgesetzt werden.

→ *Beteiligung*

Menschenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes

Der öffentliche Raum muss Platz für die Entfaltung verschiedenster Lebensentwürfe bieten. Er darf nicht primär unter dem Blickwinkel wirtschaftlicher Nutzung oder des Verkehrs betrachtet werden. Er ist ein Ort für Begegnungen und sozialen Austausch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die einmal gesetzten Qualitätsmaßstäbe für die Stadtentwicklung in vollem Umfang erhalten bleiben. Dabei gilt es, die Menschen stärker einzubeziehen. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern, Alten und Behinderten sollen wahrgenommen und ihnen entsprochen werden. In diesem Zusammenhang muss auch der barrierefreie Zugang (Treppen, Übergänge etc.) insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung gewährleistet werden.

Nutzerfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raumes

Der öffentliche Raum soll so gestaltet werden, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse der Nutzenden nach Entfaltung im Vordergrund stehen. Er ist ein Ort für Begegnungen und sozialen Austausch - niemand darf sozial ausgegrenzt werden. Deswegen müssen Kinder, Senioren und Seniorinnen oder Menschen mit Behinderung mit ihren besonderen Bedürfnissen immer „mitgedacht“ werden. Barrierefreie Zugänge (Treppen, Übergänge, etc.) sind zu gewährleisten.

Eine saubere Stadt Leipzig braucht zudem mehr Papierkörbe. Für das Verweilen im öffentlichen Raum sind dringend mehr Sitzmöglichkeiten in Parks und Fußgängerzonen notwendig. Die Stadt Leipzig muss endlich mit einem Bankkataster den Bestand und den Bedarf an städtischen Sitzmöglichkeiten erfassen. Dies ermöglicht auch, ganz gezielt über Bankpatenschaften oder Sponsoring für neue oder historische Bänke bürgerschaftliches Engagement zu generieren. Daneben sollte eine Möglichkeit von Patenschaften oder Sponsorings für die Instandsetzung aller derzeit nicht intakten Springbrunnen gefunden werden.

Mehr Stadtgrün für eine gesunde Stadt

Grünanlagen sind natürliche Luftfilter und tragen zur Attraktivität des Wohnumfeldes bei. Grünflächen binden Treibhausgase und wirken sich positiv auf die CO₂-Bilanz Leipzigs aus. Außerdem bilden sie den Lebensraum für Wildtiere im Stadtgebiet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für ...

- ... die fortgeführte Bewirtschaftung des Leipziger Auenwaldes nach den Richtlinien des FSC (Forest Stewardship Council). Naturschutz, Tourismus und Wirtschaft werden dadurch effektiv verbunden.
- ... eine Anhebung des Grundwassers im Auenwald. Auch Kleingewässer brauchen eine ausreichende Wasserversorgung.
- ... die Schaffung von Grünanlagen beim Abriss von Gebäuden und Anlagen.
- ... mehr Bäume an Straßen.
- ... Mitbestimmung der Anwohnenden bei der Planung und Gestaltung von Grünflächen.
- ... die sorgfältigere Planung von Ausgleichsmaßnahmen. Diese sind ein wichtiges Instrument des Naturschutzes. Allerdings wird oft zum Beispiel artenrei-

che wilde Natur durch zu dicht gepflanzte Bäume ersetzt. So wird kein Eingriff ausgeglichen, sondern der Schaden für die Natur noch vergrößert. Auch Dachbegrünung und begrünte Häuserwände sind als Ausgleichsmaßnahmen anzuerkennen.

... die Eröffnung von Investitionsspielräumen.

Die Leipziger Ufer der Bergbauseen können von allen Bürgerinnen und Bürgern betreten werden, sofern dem nicht Naturschutzbestimmungen entgegenstehen. Dazu ist in einem Abstand von 50 Metern auf jede Bebauung zu verzichten, ausgenommen sind Wassersportanlagen, die von jedermann genutzt werden dürfen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Teilhabe bei der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Grünflächen durch die Bürger und Bürgerinnen voran bringen. Das bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger diese Flächen planen und von Expertinnen und Experten beraten werden können. Denn von der Bürgerschaft selbst entwickelte urbane Wälder haben viel bessere Chancen, von ihr angenommen, geschützt und erhalten zu werden. Nur mit Hilfe des Engagements der Leipzigerinnen und Leipziger ist es auch möglich, Vandalismus und illegale Abfallbeseitigung in Grünflächen wirksam zu bekämpfen.

„Essbare Stadt“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen aus Parkanlagen begehbare Gärten machen, indem gewohnte Grünflächen mit essbaren und dekorativen Gemüsearten bepflanzt werden. Die Stadt Andernach macht es uns vor. Das Konzept ist so einfach wie brillant und übertragbar auf Leipzig. Ohne aufwändige Baumaßnahmen können Grünanlagen aufgewertet werden, kann die Wahl von essbaren Pflanzen dem öffentlichen Grün Multifunktionalität verleihen. So kann ein attraktives Lebensumfeld von den Bürgerinnen und Bürgern selbst geschaffen werden. Eine „Essbare Stadt Leipzig“ ist möglich, schont Ressourcen und schafft Bürgerbeteiligung. Aus gepflegtem Grün wird nutzbares Grün für eine gesunde Ernährung.

Urbane Landwirtschaft fördern – gesund produzieren und essen

In Leipzig gibt es eine wachsende Anzahl sozialer urbaner Gartenprojekte, die Gemeinschaftsgärten bewirtschaften (Nachbarschaftsgärten Lindenau, Bürgergarten Meißner Straße, Querbeet, Solidarische Feldwirtschaft Stünz, Annalinde etc.).

Meist werden hier städtische Brachflächen zum Zwecke des Anbaus von Obst und Gemüse zwischengenutzt. Diese urbane Landwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur gesunden Ernährung und Eigenversorgung. Die Gärtnerinnen und Gärtner übernehmen soziale Verantwortung im Stadtteil, Kooperationen mit Kindergärten und Schulen sind entstanden. Dieses Gemeinschaftsgefühl stärkt den sozialen Zusammenhalt unterschiedlicher Generationen und Nationalitäten immens.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten, dass die Stadt Leipzig weiterhin derartige Initiativen unterstützt, indem sie berät und entsprechende Flächen auch dauerhaft bereitstellt, die dann landwirtschaftlich genutzt werden. Einen wichtigen Anknüpfungspunkt stellt dabei die Initiative der Agenda 21 dar, die bereits zwei Internetportale zum Thema ins Leben gerufen hat (freiraumportal.de und flaechen-in-leipzig.de).

Für Vereine, die Tiere halten und einen intensiven Futtermittelbedarf haben, soll die Möglichkeit geschaffen werden, Nutzungs- und Pflegeverträge für deren Eigenversorgung auf kommunalen Flächen abzuschließen.

Reduzierung des regionalen Flächenverbrauchs

Leipzigs Flächenressourcen sind begrenzt, oftmals ist aufgrund fehlender Flächen ein Eingriff nicht direkt vor Ort ausgleichbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Interkommunalen Ausgleichs- und Brachflächenmanagements IKOMAN und IKOBRA, die unter Federführung der Stadt Leipzig von den Mitgliedskommunen des Grünen Ringes Leipzig entwickelt wurden, gezielt eingesetzt und gefördert und präferierte Ausgleichs- und Brachflächen in der Region genutzt und entwickelt werden. Die zur Verfügung stehenden Ausgleichsflächen sollten öffentlich einsehbar sein, um die Auswahl der Ausgleichsflächen nachvollziehbar zu machen.

Landwirtschaftsflächen sind keine Ausgleichsflächen

Landwirtschaft hat über 30% Anteil an der Leipziger Stadtfläche. Und neben der Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen haben Landwirtschaftsflächen im stadtnahen Bereich noch andere wichtige Funktionen: Raumgliederung, Erhalt

von Biodiversität oder naturnahe Offenflächen, die eine besondere Bedeutung für Naherholung und Erlebnistourismus haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass landwirtschaftliche Flächen nicht automatisch für Ausgleich, Waldmehrung oder Umwandlung in Bauland oder in Infrastrukturen genutzt werden, so wie es derzeit Praxis ist, sobald ökonomisch scheinbar „höherwertige“ Nutzungen möglich sind.

STÄDTISCHE UNTERNEHMEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zur kommunalen Daseinsvorsorge. Wir fordern aber eine breitangelegte Diskussion über die Ausrichtung der städtischen Eigenbetriebe und Unternehmen. Diese werden zunehmend im Spannungsfeld zwischen den finanziellen Erwartungen der Stadt und ihrer ureigenen Aufgabe zerrissen, Leistungen für die Leipziger Bürgerinnen und Bürger zu erstellen. Wenn die Stadtwerke Leipzig (SWL), die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) oder die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) zu Melkkühen für den klammen Stadthaushalt werden, zahlen die Bürgerinnen und Bürger quasi eine versteckte Gebühr in die Stadtkasse. Sollen städtische Unternehmen eigenverantwortlich ihre Kernaufgabe wahrnehmen oder sind sie Manövriermasse für die Tagespolitik? Diesen Diskussionsprozess möchten wir in der Stadtgesellschaft neu anstoßen.

Wir treten dafür ein, dass Aufsichtsräte und Betriebsausschüsse sich von oftmals gesteuerten Ja-Sager-Gremien zu konstruktiv-kritischen Begleitern der Unternehmen und Eigenbetriebe entwickeln. Dafür sollten die Mandate in den kommunalen Aufsichtsräten mit fachlich kompetentem Personal – nicht nur aus der Stadtratsfraktion – besetzt und der jüngst verabschiedete und unter maßgeblicher bündnisgrüner Beteiligung überarbeitete Leipziger Corporate Governance Kodex konsequent umgesetzt werden.

Die Frage „Privat oder kommunal?“ darf nicht mit ideologischem Reflex beantwortet werden – manche Aufgaben werden besser von öffentlichen, andere besser von privaten Akteurinnen oder Akteuren erledigt. Wir lehnen Unternehmensverkäufe für schnelles Geld zur Haushaltssanierung ab und setzen uns für nachhaltige und sachliche Entscheidungen in jedem Einzelfall ein. Wir fordern von Verwaltung und Stadtrat, das Verschieben von finanziellen Problemen der Stadt in die städtischen Unternehmen endlich konsequent zu beenden.

Interessen der Einwohnerschaft im Sinne des ökologischen Stadtumbaus wahrnehmen

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen die Interessen der Einwohnerschaft an einem ökologischen Stadtumbau an erster Stelle. Doch auch städtische Unternehmen müssen ihren Beitrag dazu leisten.

Das bedeutet konkret:

Die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV) soll

- die Leipziger kommunale Infrastruktur zu einem leistungsfähigen Konzern mit strategischer Bedeutung für die Stadtentwicklung zusammenführen,
- positive finanzielle Effekte und die Effektivität der Leipziger Infrastrukturunternehmen (Verkehr, Energie, Wasser) sicherstellen und entwickeln sowie
- die nachhaltigen Interessen der Leipzigerinnen und Leipziger an einer sehr guten Infrastruktur im Zweifel auch gegen politische und finanzielle Interessen der Stadtverwaltung verteidigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass alle zur LVV gehörigen Unternehmen in kommunaler Hand bleiben. Die Stadt Leipzig muss die LVV besser und zuverlässiger mit Eigenkapital ausstatten. Der Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag zwischen Stadt und LVV muss dahingehend geändert werden, dass notwendige Investitionen nicht immer weiter in die Zukunft verschoben werden.

Die LWB soll

- günstigen Wohn- und Gewerberaum erhalten und entsprechend des erwarteten Bevölkerungszuwachses vorausschauend zubauen – ein entscheidender Vorteil Leipzigs im Wettbewerb der Groß- und Universitätsstädte,
- eine Vorbildfunktion bei der energetischen Gebäudesanierung und bei regenerativen Energien übernehmen und
- die soziale Durchmischung in den Stadtteilen erhalten, Stadtteil- und Quartiersentwicklung begleiten und einwohnerschaftliche Projekte ermöglichen.

Die Wohnungswirtschaft muss mit zukunftstauglicher Mobilität (zum Beispiel Car-Sharing) vernetzt werden, es muss zu ihrem Credo werden, den Rad-, Fußgänger- und öffentlichen Verkehr planerisch zu bevorzugen. Eine flächendeckende Bereitstellung von Internet im LWB-Eigentum ist wünschenswert. BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN treten für eine starke und wachsende LWB in 100%igem kommunalen Eigentum ein.

Die SWL sollen

- ihre Schlüsselfunktion beim Umsteuern auf erneuerbare Energien wahrnehmen,
- auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz und -einsparung beraten und
- Menschen auf dem Weg vom Energiekonsumenten zum -produzenten begleiten.

Die Stadtwerke brauchen unternehmerischen Freiraum, um aktiv am Umbau des Energiemarktes teilzunehmen und damit auch zukünftig die dringend benötigten Gewinne erwirtschaften zu können. Stadt und Politik müssen bereit sein, das damit verbundene wirtschaftliche Risiko zu akzeptieren.

Die LVB sollen

- eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu nachhaltiger Mobilität einnehmen und
- einen jährlichen Investitionszuschuss von der Stadt Leipzig in Höhe von mindestens 5, besser 10 Mio. Euro erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben einen preisgünstigen ÖPNV an. Vorrang haben heute jedoch die dringend notwendigen Investitionen der LVB. Wir möchten über das mögliche Ziel einer kostenfreien Nutzung des ÖPNV und die möglichen Quellen einer Finanzierung eine qualifizierte Diskussion in der Stadtgesellschaft anstoßen.

Die Stadt Leipzig – eine vorbildliche Arbeitgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass die Stadt Leipzig eine in allen ihren Einflussbereichen sozial vorbildhafte Arbeitgeberin ist. Dies gilt für die Betriebe der LVV, alle kommunalen Kulturbetriebe und für Dienstleistungsunternehmen, die kommunale Aufträge erhalten. Wir haben den Mut, die Kehrseite der Medaille namens „gute Bezahlung“ anzusprechen: Die Gehälter im öffentlichen Dienst und den städtischen Unternehmen bezahlen die Bürgerinnen und Bürger mit Steuern, Gebühren und den Preisen für Fernwärme, LVB-Tickets und LWB-Mieten. Auch die im öffentlichen Bereich deutlich höheren Arbeitnehmerrechte unter anderem im Kündigungsschutz kosten Geld und werden letztlich von allen Bürgern und Bürgerinnen bezahlt. Deshalb ist hier Augenmaß und Interessenausgleich gefragt.

Verbindliche Frauenquote in allen kommunalen Unternehmen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine verbindliche Frauenquote in allen kommunalen Unternehmen ein. Der Einfluss von Frauen in städtischen Eigenbetrieben und Unternehmen muss gestärkt werden. Daher wollen wir eine geschlechtergerechte Besetzung aller Gremien, deren Mitglieder von der Stadt Leipzig ernannt werden. Konkret sollte der Frauenanteil in Gremien und Führung dem in der Gesamtbelegschaft entsprechen. Um der Gefahr von Quotenbesetzungen mit mangelhafter fachlicher Eignung zu begegnen, sind sofort Frauenförderprogramme umzusetzen. Dazu muss im gesamten städtischen Arbeitsfeld das Bewusstsein für die bereichernde Wirkung von spezifisch weiblichen Qualitäten in der Führung von Unternehmen und Organisationen geschaffen werden.

Zur Erreichung eines gerechten Anteils von Frauen an der Führung, Verantwortung und Arbeit müssen Männer wie Frauen Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Daher fordern wir flexible Arbeitszeitmodelle und konkrete Perspektiven für den Wiedereinstieg und Aufstieg nach einer Familienphase für Frauen und Männer in allen kommunalen Eigenbetrieben. Wichtig sind hierfür unter anderem ein vielfältigeres Angebot an Kinderbetreuung sowie ein tiefgreifender kultureller Wandel in der Arbeitswelt.

Abbau der Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für den Abbau der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Leipzig ein. Denn nur, wenn alle Menschen für ihre Arbeit gerecht entlohnt werden, können sie gleichberechtigt am Leben teilhaben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine geschlechtergerechte Bezahlung in den städtischen Betrieben. Sie soll ein Vergabekriterium für Aufträge der öffentlichen Hand werden. Dies kann unter anderem durch analytische Entgeltsysteme, wie EG-Checks, bei der Angebotsabgabe für eine öffentliche Ausschreibung geschehen. Die Stadt Leipzig soll zudem in ihrem Verantwortungsbereich als Arbeitgeberin und Gesellschafterin erheben, ob und in welchem Umfang Frauen bei gleicher Tätigkeit schlechter bezahlt werden und gegebenenfalls die Ursachen analysieren.

Konstruktive Fehlerkultur entwickeln

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es wichtig, eine konstruktive Fehlerkultur zu entwickeln. Kein Mensch ist fehlerfrei, auch bei hoher Professionalität nicht. Verwaltung, Politik und Unternehmen leiden derzeit unter einem Klima von Schuldzuweisungen und dem Ausschlichten von Fehlern echter oder vermeintlicher Gegnerinnen und Gegner, was zu einer Kultur der Absicherung, der Übervorsichtigkeit, der Vertuschung und des Misstrauens führt. Dies hemmt die Innovationskraft, die Selbstorganisation und die Transparenz und belastet die Lebensqualität am Arbeitsplatz. Durch einen produktiven und ehrlichen Umgang mit Fehlern kann sich das Arbeitsklima (auch in der Politik!) erheblich verbessern, Kooperation, Effizienz und Innovationskraft werden gestärkt.

Klinikum St. Georg → Gesundheit und Verbraucherschutz

TRANSPARENZ UND INFORMATIONSFREIHEIT

Wer sich einmischen will, braucht Informationen! Transparenz und Informationsfreiheit sind wichtige Voraussetzungen, um mehr demokratische Teilhabe in unserer Stadt zu ermöglichen und um Korruption vorzubeugen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich deshalb auch in diesem Sinne weiterhin stark für eine transparente Stadtverwaltung und das „gläserne Rathaus“! Das Bereitstellen von umfassenden Informationen zur Kommunalpolitik sollte längst selbstverständlich sein.

Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer, welches kein gesetzlich verbrieftes allgemeines Zugangsrecht zu Informationen von Landes- und Kommunalbehörden gewährt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass Informationen über das Handeln öffentlicher Verwaltungen und die Entscheidungsgrundlagen grundsätzlich jeder und jedem offen und kostenlos zugänglich sein sollten. Die Möglichkeit der Einsicht in Akten soll immer gegeben sein, wenn diese nicht ausdrücklich dem Geheimschutz oder dem Schutz persönlicher Daten unterliegen. Die Verweigerung einer Informationserteilung soll gerichtlich überprüfbar sein.

Informationsfreiheitsgesetz weiter entwickeln

Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Stadt Leipzig eine weitreichende kommunale Informationsfreiheitsgesetz erhält. Der Stadtrat ist unserem Anliegen nur zum Teil gefolgt. Die Satzung gilt derzeit nur für die Stadtverwaltung und die städtischen Eigenbetriebe – nicht für die städtischen Beteiligungsgesellschaften. Einen Antrag können nur natürliche und juristische Personen stellen, die in Leipzig wohnen oder ihren Sitz in Leipzig haben. Beim Geheimnisschutz gibt es keine Klausel, die eine Interessenabwägung möglich macht! Denn das Interesse der Allgemeinheit an der Offenlegung der Informationen kann wichtiger sein als das Geheimhaltungsinteresse – es sei denn, durch eine Veröffentlichung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen würde ein wirtschaftlicher Schaden entstehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben deshalb auf Grundlage einer Bewertung, die für Mitte 2014 vorgesehen ist, eine Weiterentwicklung der seit Januar 2013 geltenden Informationsfreiheitsgesetz an. Bereits jetzt ist allerdings erkennbar, dass die Stadtverwaltung nicht alle rechtlichen Ermessensspielräume ausschöpft, um alle Informationen, die den Entscheidungsprozessen des Rates zugrunde liegen, aktiv und so früh wie möglich elektronisch zu veröffentlichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich außerdem dafür einsetzen, dass die Gebührenabgabe, die parallel zur Satzung neu verabschiedet wurde und Kosten von 5 bis 500 € pro Abfrage vorsieht, überarbeitet wird. Die hohen Kosten behindern das Informationsrecht und sind nicht nachvollziehbar – dies vor dem Hintergrund, dass bereits heute Einwohneranfragen gebührenfrei sind und entsprechende Tätigkeiten ohnehin ständiges Verwaltungshandeln sind.

Open-Data/Open-Government

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für eine Beschleunigung des Open-Data-/Open-Government-Prozesses. Wir sind der Meinung, dass öffentlich finanzierte Daten wie digitale Karten, Statistiken und Gutachten der Allgemeinheit gehören und frühzeitig nach Erstellung kostenlos zu veröffentlichen sind. Deshalb fordern wir, das Projekt API.Leipzig zügig weiterzuführen, um öffentliche Daten an einer maschinenlesbaren standardisierten Schnittstelle zur Verfügung zu stellen.

Damit die Recherche erleichtert wird, drängen wir außerdem darauf, das elektronische städtische Ratsinformationssystem weiterzuentwickeln. Ziel muss es

sein, dass unterschiedlichste kommunale Informationen nicht nur irgendwie und irgendwo verstreut und eher zufällig ins Netz gestellt werden, sondern strukturiert, nutzerfreundlich und umfassend verfügbar sein müssen.

Corporate Governance Kodex → Städtische Unternehmen

UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Leipzig mit seinem Auenwald, den – auch neu entstandenen – Parkanlagen und Kleingärten, den Flüssen, Kanälen, Teichen und Seen ist eine Stadt mit viel Grün. Damit das auch weiterhin so bleibt, müssen wir dem Umwelt- und Naturschutzgedanken besonders Rechnung tragen.

Keine gesundheitsschädigenden und krebsfördernden Schadstoffemissionen

Feinstaub tötet nach Erkenntnissen der EU-Kommission europaweit jährlich mehrere Hunderttausend Menschen und trägt zu Allergien und Asthma bei. Die Einhaltung der EU-Feinstaub- und NOx-Grenzwerte ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, da gerade einkommensschwache Menschen oft an Hauptverkehrsstraßen wohnen. In sächsischen Großstädten werden die Grenzwerte viel zu oft überschritten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gegen gesundheitsschädigende und krebsfördernde Schadstoffemissionen ein.

Erlebbarer Naturschutz im Leipziger Auenwald und offensive Vermittlung

Der Leipziger Auenwald ist der größte naturräumliche Schatz in der Stadt Leipzig und er befindet sich in städtischem Eigentum. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihn gegen den Nutzungsdruck von Einzelinteressen schützen.

Hierzu gehört ...

... ungeachtet der Anpassungsbedarfe an den Klimawandel in vielen Fällen ein Verzicht auf Rodung von Waldflächen für den Hochwasserschutz.

- ... dass Beeinträchtigungen durch wassertouristische Nutzungen vermieden werden, unter anderem das Verbot von Verbrennungsmotoren.
- ... dass der Schiffsverkehr begrenzt und besonders sensible Bereiche gesperrt werden müssen.
- ... dass weiterer Flächenverbrauch am Auenwald vermieden werden muss.
- ... dass Ausgleichsflächen möglichst am Auenwald entstehen sollen.

Leipzigs Hochwasserschutzkonzept soll die Entwicklung des Auenwaldes fördern. Nur bei einer weitgehend natürlichen Wasserdynamik können die autotypischen Lebensräume wieder hergestellt werden. Die Stadt Leipzig muss deshalb Projekte zur Wiedervernässung von Teilflächen fördern. Flächen in der Burg- und Luppenaue sind für die Wiederherstellung eines ökologischen Gleichgewichtes zu entwickeln.

Das Vogelschutz- und FFH-Gebiet im Leipziger Auenwald soll konsequent und behutsam in Zusammenarbeit aller Verwaltungsstellen, Verbände und mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickelt werden.

Tiere schützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die langfristige finanzielle Absicherung des Leipziger Tierheims und die Förderung und Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die sich um Wildtiere im Stadtgebiet kümmern.

Wir fordern den konsequenten Schutz gebäudebewohnender Tierarten beim Verwaltungshandeln. Damit in der Stadt Leipzig Flächennutzungen und Naturschutz miteinander harmonieren, sind zum Schutz des regionalen Naturhaushaltes die deutlichen Defizite der Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sofort abzubauen. Die Bereitstellung und Entwicklung der notwendigen Flächen muss sofort beginnen, da sonst bei der Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaft unüberwindbare Planungshindernisse entstehen.

*Kreislaufwirtschaft → Klimaschutz und Energiewende
(Straßen-) Bäume → Stadtentwicklung*

VERWALTUNG

Eine moderne Verwaltung zeichnet sich durch ein bürgernahes und unternehmerorientiertes, transparentes und effizientes Handeln aus. Sie versteht sich als Dienstleisterin für Bürgerinnen und Bürger und als Partnerin der Wirtschaft. Modern und leistungsfähig ist sie ein wichtiger Standortfaktor.

Eine Verwaltung ist auf der „Höhe der Zeit“, wenn sie

- sich rasch und stetig verändernden technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpasst,
- Transparenz herstellt,
- unnötige Bürokratie konsequent abbaut,
- sich durch wirtschaftliches wie wirksames Handeln bei hoher Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszeichnet und
- barrierefrei ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden deshalb auch zukünftig alle Anstrengungen unterstützen, um die Stadtverwaltung zu einer modernen Dienstleisterin und Partnerin zu entwickeln, indem wir den Prozess der Verwaltungsmodernisierung weiter mitgestalten und begleiten. Dabei dürfen die Beschäftigten in der Verwaltung nicht zurückgelassen werden. Weiterentwicklungen und neue Möglichkeiten sind in Bezug auf die Zielgenauigkeit, die Kosten und den Nutzen sowie die Risiken zu hinterfragen. Bei positiver Bewertung werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine möglichst zeitnahe Umsetzung drängen.

Mehr Dienstleistungen der Stadtverwaltung aus einer Hand

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein, dass sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Wirtschaft Dienstleistungen weitestgehend aus einer Hand erhalten. Deshalb befürworten wir die längst fällige Schaffung eines Baubürgerservices für die Bearbeitung von Bauanträgen. Auch Anträge auf Sondernutzung sollen nach diesem Prinzip bearbeitet werden. Wir halten eine Ansprechpartnerin, einen Ansprechpartner auch bei der Wirtschaftsförderung für sinnvoll, damit auch hier Genehmigungsverfahren weiter beschleunigt werden.

Barrierefreiheit und Benutzerfreundlichkeit der städtischen Website

Der Neustart der städtischen Website im Jahr 2013 sowie die Einführung des Services der bundesweit einheitlichen Behördennummer „115“, mit der mittlerweile Auskünfte zu Verwaltungsgängen auch in Leipzig schnell und unbürokratisch am Telefon beantwortet werden, sind Schritte in die richtige Richtung. Der Neuauftritt der städtischen Website hat uns allerdings enttäuscht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb mit Einführung einer Audioversion für Textinhalte der städtischen Website mehr Barrierefreiheit und Benutzerfreundlichkeit für Menschen mit einer Sehbehinderung oder Leseschwäche. Auch für Menschen, die viel unterwegs sind und/oder oft mobile Endgeräte nutzen, muss die städtische Website nutzbar sein. Neben Deutsch und Englisch sollen die bürgernahen Dienstleistungen zusätzlich in weiteren Sprachen lesbar sein.

E-Government-Prozess beschleunigen

E-Government (also electronic government) bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und die Verwaltung Verwaltungsvorgänge über elektronische Medien, vor allem das Internet, erledigen können. 2011 hat der Stadtrat beschlossen, eine IT- und E-Government-Strategie für die Leipziger Stadtverwaltung zu erarbeiten. Dem eingeleiteten E-Government-Prozess fehlt es jedoch an einer strategischen Zielstellung und Vorgehensweise.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich unvermindert für einen weiteren Ausbau des E-Government in einem erhöhten Tempo einsetzen, um in der Entwicklung mit anderen deutschen Großstädten endlich aufzuschließen. Wir wollen eine Verwaltung, die, wo immer möglich, interaktiv, benutzerfreundlich und niedrigschwellig Verwaltungsdienstleistungen online anbietet, die Informationen elektronisch bereithält, an Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen übermittelt oder auch von diesen entgegennimmt. Des Weiteren soll sie Einsicht in elektronische Akten und den elektronischen Zahlungsverkehr ermöglichen.

Elektronische Informationen zu Verwaltungsverfahren, Onlineformulare oder auch digital versendete Anträge bzw. Bescheide tragen zum Bürokratieabbau und zur Beschleunigung der Geschäfts- und Verwaltungsprozesse bei. Außerdem können sich die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft rund um die Uhr informieren, aufwändige Behördengänge können vermieden oder zumindest ihre Zahl reduziert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drängen die Verwaltung, die

entsprechenden Voraussetzungen etwa bei der Beantragung der Briefwahlunterlagen, der Anzeige von Personenstandsfällen, beim Antrag auf Hilfe zur Pflege ohne persönlichen Beratungsbedarf des Klienten oder bei der An- und Abmeldung von Hunden zu schaffen.

Onlineterminreservierungen ausweiten und zentrales Beschwerdemanagement schaffen

Onlineterminreservierungen bei Bürgerämtern sowie Ordnungs- und Gesundheitsamt haben sich bewährt. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass die Onlineterminreservierung auf alle Bereiche der Stadtverwaltung innerhalb der Sprech- und Öffnungszeiten ausgeweitet wird. Für Menschen, die über kein Internet verfügen, sollen „Bürger-PC“ in den Bürgerämtern bereitgestellt werden. Wir fordern darüber hinaus die Einführung eines zentralen elektronischen Beschwerdemanagements nach dem Vorbild anderer Großstädte.

Green-IT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden Green-IT gut! Deshalb unterstützen wir den kommunalen IT-Dienstleister Lecos und den eingeschlagenen Weg der umweltschonenden Ausstattung der Stadtverwaltung mit umweltfreundlicher, energiesparender und „fair“ produzierter Hardware. Das gilt insbesondere im Hinblick darauf, dass die elektronische Stadtratsarbeit ausgeweitet wird und die Möglichkeiten, Vorgänge elektronisch zu bearbeiten, verwaltungsintern ausgebaut werden. Das trägt im Übrigen dazu bei, den Papierverbrauch zu verringern.

Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen

Mitarbeiterzufriedenheit und Gesundheitsförderung in der städtischen Verwaltung ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Anliegen. Angesichts des bedenklich hohen Krankenstandes und sich verändernder Lebenssituationen setzen wir uns dafür ein, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die freiwillig ihre Arbeitszeit reduzieren wollen, dies umgehend und ohne Benachteiligung tun können. Um den anstehenden Generationenwechsel zu bewältigen, sind den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern frühzeitig Perspektiven aufzuzeigen. Eine Leistungsbelohnung ist einzuführen, denn sie kann das Wohl, die Gesundheit und die innere Haltung beeinflussen.

VIELFALT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein weltoffenes und zukunftsgerichtetes Leipzig. Gelebte Vielfalt und Toleranz sind Stärken einer bunten und lebendigen Stadtgesellschaft. Das Zusammenkommen unterschiedlicher Lebensweisen und Perspektiven öffnet den Blick für Neues. Voraussetzung dafür ist, dass jeder Mensch Respekt erfährt. Eine Politik der Vielfalt muss Unterschiede anerkennen, Konflikte moderieren, Benachteiligungen abbauen und Diskriminierungen entgegenwirken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich immer dafür einsetzen, dass Menschen in unserer Stadt unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Weltanschauung oder sexuellen Orientierung und Identität ihre individuellen Lebensentwürfe gleichberechtigt verwirklichen können. Denn wir wissen auch, dass das Leben in einer vielfältigen Stadtgesellschaft nicht immer nur bunt und lässig ist, denn Ängste und Vorurteile führen oftmals zu Ausgrenzung und Diskriminierung, zu physischer und psychischer Gewalt.

Charta der Vielfalt

Die Charta der Vielfalt ist eine Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen. Die Initiative will die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in der Unternehmenskultur in Deutschland voranbringen. Unternehmen und Organisationen sollen ein Arbeitsumfeld schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren. Die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt ist eine freiwillige Selbstverpflichtung. Sie orientiert sich an der europäischen Rechtsprechung zur Antidiskriminierung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich dafür stark machen, dass die Stadt Leipzig und ihre Eigenbetriebe die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnen und sich zum Ziel setzen, allen Beschäftigten ein vorurteilsfreies, von Respekt und Wertschätzung geprägtes Umfeld zu schaffen. Bisher haben in Leipzig lediglich die Handwerkskammer Leipzig und die Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig die Charta unterzeichnet.

Außerdem streben wir unter Mitwirkung lokaler Akteurinnen und Akteure und interessierter Menschen die Erarbeitung eines städtischen Aktionsplans für Akzeptanz und Gleichstellung an, der hilft, Intoleranz und Benachteiligungen im beruflichen Umfeld und im Alltag weiter abzubauen, und Diskriminierungen entgegenwirkt.

Politik für LSBTTI – Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle

Menschen mit sexuellen Orientierungen, geschlechtlichen Identitäten und Lebensweisen abseits der heterosexuellen Norm sehen sich immer noch Vorurteilen ausgesetzt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich deswegen für die völlige Gleichberechtigung und die gesellschaftliche Anerkennung von Lesben, Schwulen, Transgendern sowie trans- und intersexuellen Menschen ein und treten Homophobie und Transphobie aktiv entgegen. Regenbogenfamilien, die in ihrem Alltag diskriminiert werden, weil sie nicht dem hetero-normativen Familienbild entsprechen, wollen wir den Weg ebnen, indem zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen und Behörden die veränderten Familiensituationen berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin für Initiativen und Leipziger Vereine einsetzen, die auf diesem Feld wichtige Arbeit leisten (wie Rosa Linde Leipzig oder Frauenkultur Leipzig). Sie klären zum Beispiel in Schulen auf, beraten Menschen im Coming-out bzw. Opfer von Diskriminierungen, stellen Räume zum Kennenlernen und für den Austausch zur Verfügung und organisieren den jährlichen Leipziger Christopher-Street-Day. Sie sollen eine finanziell nachhaltige Unterstützung erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Forderung, dass der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig die Schirmherrschaft des Leipziger Christopher-Street-Days (CSD) und das jährliche Hissen der Regenbogenflagge vor dem Hauptportal des Neuen Rathauses übernimmt.

Aufgrund eines von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN initiierten Stadtratsbeschlusses hat die Stadt Leipzig 2013 im Umfeld des 27. Januar (dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus) die Ausstellung „Ausgrenzung aus der Volksgemeinschaft – Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit“ im Neuen Rathaus gezeigt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Homosexuellenverfolgung der NS-Zeit in unserer Stadt weiter durch Bereitstellung von finanziellen Mitteln

aufgearbeitet werden kann. Die Forschungsergebnisse sollen in der Folge in die Dauerausstellung zur Leipziger Stadtgeschichte im Stadtgeschichtlichen Museum integriert werden.

Gender-Mainstreaming in der Gesundheitspolitik → Gesundheit und Verbraucherschutz

Migration

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine öffentliche Überarbeitung der integrationspolitischen Leitlinien der Stadt Leipzig mit Beteiligung der migrantischen Vertreterinnen und Vertreter ein. Wir fordern dabei, dass der Schwerpunkt der Leitlinien auf die Willkommenskultur gelegt wird und dass Begriffe wie „Fordern und Fördern“ aus den Leitlinien gestrichen werden. Das Hauptaugenmerk muss auf die Förderung und Inklusion gelegt werden und darf nicht wie bisher nur an einseitigen Forderungen zur Integration festhalten.

Der Schwerpunkt der Inklusion und Förderung muss auch in der Arbeit des Referats für Migration und Integration verankert werden, weshalb wir uns für eine Umbenennung und Umwandlung des Referats nach dem Vorbild anderer deutscher Großstädte in ein Referat für multikulturelle Angelegenheiten einer multikulturellen Großstadt einsetzen.

Inklusion bedeutet Aufnehmen in die Gesellschaft. Dazu gehört auch das Recht, diese mitzugestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich daher dafür aus, dass das Kommunalwahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten, die langfristig hier leben und keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, Anwendung findet.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Migrantenselbstvertretungen ein und fordern daher eine Umwandlung des Migrantenbeirats in einen „Internationalen Ausschuss“ (nach dem Vorbild von Stuttgart und Hannover). Die Mitglieder dieses Ausschusses sollen von den in Leipzig lebenden Migrantinnen und Migranten gewählt werden. Dieser Ausschuss soll im Vergleich zum jetzigen Migrantenbeirat vor allem explizit um das Thema Asyl erweitert werden und Flüchtlingsvertreterinnen und -vertreter mit einbeziehen.

Daneben engagieren wir uns für ein stärkeres Mitspracherecht von Migranten und Migrantinnen in Stadtbezirken mit relativ hohem Migrantenanteil. Wir fordern

einen festen Sitz für Migrantinnen und Migranten in den entsprechenden Stadtbezirksbeiräten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch weiterhin für die Ausbildung von Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittlern ein. Sprachmittlerdienste sollen nicht nur in der Ausländerbehörde eine Selbstverständlichkeit sein, sondern fester Bestandteil aller Leipziger Behörden und kommunalen Einrichtungen werden. Außerdem fordern wir auch die kontinuierliche Unterstützung der sozialpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Asyl

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es ein wichtiges Anliegen, Flüchtlinge unter humanen Bedingungen unterzubringen. Wir setzen uns dafür ein, die Betreuungsangebote auszubauen. Das Konzept zur Unterbringung von Geflüchteten in Leipzig muss weitergeführt und auch in Zeiten von erhöhtem Bedarf konsequent umgesetzt werden. Flüchtlinge dezentral unterzubringen muss das Leitprinzip Leipziger Asylpolitik bleiben. Das Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften ist hierbei nur als Übergangslösung anzusehen.

Um dies erfolgreich umzusetzen, ist es notwendig, dass angemessener und bezahlbarer (städtischer) Wohnraum bereitgestellt wird. Gemeinschaftsunterkünfte müssen auf eine maximal 6-monatige Erstaufnahme mit höchstens 50 Personen beschränkt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache muss vom ersten Aufenthaltstag an gefördert werden. Ebenso müssen ausreichend soziale Betreuungsangebote sowie ein bedarfsgerechter Zugang zu medizinischer Versorgung und Rechtsberatung gewährleistet sein. Um Begegnungsräume zwischen der städtischen Bevölkerung und den Asylsuchenden zu schaffen, unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass ein entsprechendes städtisches Patenschaftsprogramm aufgelegt wird.

WIRTSCHAFT

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehören Ökologie und Ökonomie zusammen. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft ist nicht blindem, rein quantitativem Wachstum verpflichtet. Damit wir in Leipzig zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen, neue Wachstumsmärkte erschließen und dabei unsere Lebensgrundlagen bewahren, heißt unser Ziel: ressourcenschonendes, nachhaltiges Wirtschaften. Es gilt, Produkte und Dienstleistungen mit modernen Technologien und einem minimalen Einsatz von Rohstoffen und Energie zu entwickeln. Mit grünen Ideen können auch in Leipzig schwarze Zahlen geschrieben werden. Dabei hat die Stadt Leipzig als öffentliche Auftraggeberin direkten Einfluss auf Löhne und Arbeitsbedingungen und einen fairen Wettbewerb, in dem Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden und eine effektive Gleichstellungspolitik gefördert wird.

Leipzig hat eine lange Tradition als Messe- und Wirtschaftsstandort. Selbstbewusstsein und Einwohnersinn sind die prägenden Elemente unseres Wirtschaftens. Dazu kommen hervorragende Entwicklungspotenziale: Das Flächenangebot ist gut, zentrumsnah können auch größere Gewerbeansiedlungen realisiert werden. Es gibt qualifizierte Arbeitskräfte und gute Ausbildungsmöglichkeiten. Die Stadt liegt verkehrsgünstig. Und eine lebendige und bunte Kultur- und Lebenswelt entfaltet zusätzlich eine hohe Anziehungskraft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass diese Vorteile offensiv genutzt werden, um Leipzig zu einem Standort nachhaltigen Wirtschaftens sowie gut und (geschlechter-)gerecht bezahlter Arbeit zu machen!

Klimaverträgliche Automobilindustrie

Die Stadt Leipzig ist ökonomisch eng mit der Logistik- und Automobilbranche und ihren Zulieferbetrieben verbunden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Chance, dass Leipzig Vorbild für den Bau und die Zukunftsfähigkeit von umweltfreundlichen Autos wird. Zukunftsgerechte und ressourcensparende Mobilitätskonzepte der Autohersteller sollen Arbeitsplätze ebenfalls hier in Leipzig sichern, indem die Wertschöpfung der Automobilindustrie von der Produktion auf umfassende Mobilitätsdienstleistungen ausgeweitet wird.

Dem Handwerk sowie den kleinen und mittelständischen Unternehmen einen grünen Boden bereiten

Im Windschatten der Autoindustrie wird häufig vergessen, dass kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk das Rückgrat der Leipziger Wirtschaft bilden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zur ökologischen Modernisierung und zur regionalen Wertschöpfung. Zielgerichtete Investitionen in Handwerksleistungen in den Bereichen Energieeinsparung, Energieeffizienz, Ausbau der erneuerbaren Energien und energetischen Gebäudesanierung führen zu einem konsequenten Klimaschutz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das Handwerk sowie kleine und mittelständische Unternehmen in Leipzig auch weiterhin gute Standortbedingungen vorfinden und auch in Zukunft Ausschreibungsmodalitäten so gestaltet werden, dass lokale Betriebe gute Chancen bei der Auftragsvergabe haben.

Wir wollen, dass die Stadt Leipzig bereits ortsansässige Unternehmen für eine verstärkte ökologische Modernisierung gewinnt. Mit Übernahme des „Ökoprofit (12)“-Programms kann lokalen Unternehmen ganz konkret dabei geholfen werden, Ressourcen zu schonen, Abfälle und Emissionen zu reduzieren und damit gleichzeitig Kosten zu senken.

Für eine gezieltere und nachhaltige Wirtschaftsförderung

Leipzig setzt mit seiner Wirtschaftsstrategie derzeit auf ausgewählte Branchen: Automobil- und Zulieferindustrie, Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie, Energie und Umwelttechnik, Logistik sowie Medien- und Kreativwirtschaft.

Um Leipzig zu einem zukunftsfähigen und nachhaltigen Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die wirtschaftspolitischen Anstrengungen mit Hilfe einer gezielteren Wirtschaftsförderung auf eine deutliche Verbreiterung des Branchenmixes gelenkt werden.

Wir sehen Zukunftspotenziale bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, in diversen Dienstleistungsbereichen, insbesondere in den kreativen und wissensbasierten Tätigkeitsfeldern, sowie bei den „grünen“ Technologiesektoren.

Die Vorteile und Chancen des Wissenschaftsstandortes Leipzig gilt es dabei besser zu nutzen, sodass in Leipzig gut ausgebildete junge Menschen unsere Stadt nicht verlassen müssen, sondern hier dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt finden.

Um einen ökologischen Umbau der Wirtschaftsstruktur zugunsten dieser Standbeine weiter zu fördern, bedarf es bei der Ansiedlung von Unternehmen, bei Wirtschaftsfördermaßnahmen und in der Vermarktung städtischer Gewerbeflächen einer gezielteren Steuerung mit entsprechender Prioritätensetzung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Unternehmende und Unternehmen aus nachhaltigen Wirtschaftsbereichen besonders angesprochen und gefördert werden. Bei der Akquise und Weitergabe öffentlicher Fördermittel soll die Stadt Leipzig besonders auf Nachhaltigkeit und Transparenz achten. Bei der Wirtschaftsförderung sind Fehlsubventionen und Mitnahmeeffekte so weit wie möglich auszuschließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich außerdem für eine besondere Unterstützung des lokalen, inhabergeführten Einzelhandels, der Dienstleistungsunternehmen im Sozialbereich (Pflege, Gesundheit, Kinderbetreuung) sowie der Unternehmen mit alternativen Beteiligungsmodellen (Genossenschaften) aus.

Internationaler Standort für Kultur- und Kreativwirtschaft

Im internationalen Wettbewerb um die kreativen Köpfe kann die Stadt Leipzig zahlreiche Standortvorteile aufweisen. Sie ist mit der Universität Leipzig, der Hochschule für Grafik und Buchkunst, der Hochschule für Musik und Theater, der Hochschule für Technik, Wissenschaft und Kultur sowie zahlreichen weiteren, auch privaten Einrichtungen in diesem Sektor hervorragender Bildungsstandort. Kreative Zentren wie die Baumwollspinnerei, Messen und Festivals, wie Designers Open, F-Stop, DOK Festival und Jazztage wirken weit über Leipzig hinaus.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die durch unsere Initiative neugeschaffene Stelle im Cluster Kreativwirtschaft dauerhaft personell und finanziell abgesichert wird. Außerdem soll die Stadt Leipzig Mitglied im Branchenverband Kreatives Leipzig e.V. werden.

Insbesondere im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft sind in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze entstanden. Auch die Wertschöpfung ist beachtlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass dieser aufstrebende Wirtschaftszweig eine noch gezieltere Unterstützung erfährt, indem Know-how bereitgestellt und

der Zugang zu Kapital erleichtert wird. Darüber hinaus soll die Stadt Leipzig den Zugang zu internationalen Märkten mit dem gleichen Engagement wie bei anderen Branchen unterstützen.

Regionale Wirtschaftskreisläufe/Regionalen Wirtschaftsraum ausbauen

Gleichzeitig wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN regionale Wirtschaftskreisläufe und die regionale Zusammenarbeit im mitteldeutschen Wirtschaftsraum weiter stärken und bessere Rahmenbedingungen auch für Existenzgründungen schaffen, denn gerade diese treiben mit neuen Ideen den wirtschaftlichen und ökologischen Strukturwandel voran.

Jungen, nichtausgebildeten und/oder geringer qualifizierten Menschen eine Chance geben

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Stadt einen Ausbildungs- und Qualifizierungspakt für nicht oder geringer qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kooperation mit Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften initiiert. Zudem muss sichergestellt werden, dass alle, die eine Ausbildung absolvieren wollen, dies auch entweder in einem Ausbildungsbetrieb oder in schulischen Ausbildungsgängen tun können.

WOHNEN

Jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Stadt hat das Recht auf angemessenen und bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen die Mieten erschwinglich bleiben. Der Wohnungsleerstand in Leipzig ist erfreulicherweise rückläufig, jedoch wird der Wohnraum in Leipzig immer knapper und teurer. Aufgrund des Zuzugs und gesteigener Geburtenraten brauchen wir mehr Wohnraum, als gegenwärtig neugebaut oder durch Sanierung erschlossen wird. Zunehmend macht sich der Mangel an bezahlbaren Wohnungen besonders für Einkommensschwache, für junge Menschen, für Familien, Ältere sowie Menschen mit Behinderung bemerkbar. Für die wachsende Zahl der Studierenden wird das Angebot ebenso immer knapper.

Auch der Bestand an Sozialwohnungen sinkt in Leipzig stetig und wird von der Anzahl an Menschen mit geringem Einkommen oder Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II weit übertroffen, sodass es für diese Menschen immer schwieriger wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Sozialer Wohnungsbau, der vor Jahren in Leipzig noch für unmöglich gehalten wurde, wird aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den nächsten Jahren notwendig werden. Hier ist das Land Sachsen in der Pflicht, die entsprechenden Mittel für sozialen Wohnungsbau bereitzustellen.

Ebenso muss nach Wegen gesucht werden, damit energetische Sanierungen nicht dazu führen, dass Bestandsmieter und einkommensschwache Haushalte aufgrund der Erstattungspraxis für Heizenergie in Bedarfshaushalten mit Kopplung an eine Kaltmietengrenze diese Wohnungen nicht bzw. nicht weiter nutzen können. Auf der anderen Seite muss Gebäudeeigentümern auch in sozial benachteiligten Gegenden ein Anreiz für energetische Sanierungsmaßnahmen mit gleichzeitiger Mieterbindung geschaffen werden. Das sind Aufgaben, die komplex und nicht durch die Stadt allein zu lösen sind. Dafür ist auch Einfluss auf Landes- und Bundespolitik wie auch auf die europäische Ebene zu nehmen. Die Städte fangen über soziale Leistungen in hohem Maße die steigenden Kosten fossiler Energieträger für den Wohnbereich ab - hier muss dringend gegengesteuert werden.

Wohnen in sozial heterogenen Stadtteilen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass Bebauungspläne für Neubauten zum Beispiel für Familien mit Kindern oder Studierende preiswerten Wohnraum vorsehen. Öffentlich-rechtliche Verträge der Stadt Leipzig mit Flächeneigentümerinnen und -eigentümern sind dementsprechend zu gestalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Wohnungspolitik, die für sozial heterogene Wohnquartiere eintritt und durch Verdichtung und Sanierung attraktiven und ökologischen Wohnraum schafft. Als Eigentümerin der Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) sehen wir die Stadt Leipzig hier als entscheidenden Einflussfaktor, um dieses Ziel zu verwirklichen. Mit der LWB kann die Stadt Leipzig dafür sorgen, dass gerade in attraktiven Stadtteilen Wohnungen zu Preisen unterhalb des Mietspiegels gehalten und geschaffen werden, die für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sind.

Wieder in Sozialwohnungen investieren

Nach erfolgreicher Konsolidierung der LWB stellen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die weitere Privatisierung von LWB-Wohngebäuden in attraktiver Lage. Wir fordern für die zukünftigen Zubauten an Wohngebäuden der LWB, dass diese vor allem in attraktiven Stadtteilen mit einem signifikanten Anteil an Sozialwohnungen erfolgen.

Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) → Städtische Unternehmen

